

## Putin und die Oligarchen

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (2004). *Putin und die Oligarchen*. (SWP-Studie, 36/2004). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-243810>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Eberhard Schneider*

# **Putin und die Oligarchen**

S 36  
September 2004  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2004

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

5	<b>Problemstellung und Empfehlungen</b>
7	<b>Rußlands Oligarchen</b>
7	Altersstruktur und Ausbildung
8	Aufstiegsmuster
9	Handlungsstrategien
12	Wertorientierungen
14	<b>Putin und die Oligarchen – Konflikt oder Kooperation?</b>
15	<b>Der Fall Chodorkowskij</b>
15	Machtpolitischer Hintergrund
16	Politische Gründe
18	Wirtschaftliche Gründe
20	Rechtliche Handhabung
22	Chodorkowskij's Selbstkritik
23	<b>Wie weiter?</b>
23	Beurteilung
23	Vergebliche Kompromißvorschläge
24	Folgen
24	Nur ein Einzelfall?
25	Putins geschwächte Macht
25	Marktwirtschaft in einem autoritären System?
26	Wie sollen sich deutsche Wirtschaft und Politik verhalten?
29	<b>Anhang</b>
30	Liste der wichtigsten russischen Oligarchen
32	Abkürzungen



### Putin und die Oligarchen

Der Fall Chodorkowskij/Jukos läßt exemplarisch das Spannungsverhältnis erkennen, das zwischen Putin und den Oligarchen herrscht. Gleichzeitig steht er für den Versuch des Kreml, deren Einfluß zurückzudrängen. Das Verfahren gegen den Vorstandsvorsitzenden von Jukos und seinen Konzern wirft Fragen auf: nach der internen Machtverschiebung in Rußland, der Rechtskultur in diesem Land und der Sicherheit der Firmen – auch der ausländischen – vor ungerechtfertigten Steuernachforderungen. Bei seinem Vorgehen gegen Michail Chodorkowskij und seinen Ölkonzern Jukos verfolgt der Kreml zwei Ziele:

- ▶ ein politisches: Ausschaltung des politischen Gegners Chodorkowskij;
- ▶ ein ökonomisches: Überführung des größten ölproduzierenden Konzerns in Rußland in Staatsbesitz; möglicherweise fällt Jukos nun an den staatlichen Ölkonzern Rosneft.

In der Phase der »wilden« Privatisierung unter Boris Jelzin waren die späteren Oligarchen sehr schnell zu großem Reichtum gekommen. Daraus leiteten sie politischen Einfluß ab, der bis hin zu dem Versuch ging, bei wichtigen Personalentscheidungen des Präsidenten mitzubestimmen. Einige Oligarchen der neuen Generation gelangten inzwischen in Machtpositionen auf regionaler Ebene.

Putin, der nicht bereit ist, diese Einmischung in die Politik hinzunehmen, drängte 2001 Boris Beresowskij und Wladimir Gussinskij, die beiden Oligarchen mit Medieneinfluß, ins Ausland ab. Mit den übrigen Oligarchen schloß er eine Art Agreement: Keine Einmischung der Oligarchen in die Politik, dafür keine Überprüfung der Privatisierungen durch den Präsidenten.

Einer der mit 41 Jahren jungen Oligarchen ist Michail Chodorkowskij, der reichste Mann Rußlands. Im Sommer 2003 kündigte er an, daß er sich 2008, im Jahr der nächsten Präsidentenwahl, von Jukos verabschieden und sich nur noch dem Aufbau der Zivilgesellschaft in Rußland widmen werde, den er jetzt schon finanziell großzügig fördert. Doch dann wurde er im Oktober 2003 verhaftet und trat infolgedessen schon Anfang November 2003 von seinem Chefposten bei Jukos zurück.

Zuvor hatte Chodorkowskij noch die Fusion von Jukos mit der russischen Ölfirma Sibneft eingefädelt.

Daraus wäre der größte russische Konzern überhaupt und der viertgrößte Ölproduzent der Welt entstanden. Nach anfänglichem Einverständnis der Präsidentschaftsadministration wurde die Fusion nach der Verhaftung Chodorkowskij auf Druck des Kreml von Sibneft wieder rückgängig gemacht. Die Verhandlungen mit ExxonMobile über eine 35-Mrd.-US-Dollar-Beteiligung an Jukos, die Chodorkowskij aufgenommen hatte, wurden nach seiner Verhaftung ebenfalls eingestellt. Was im Fall Chodorkowskij/Jukos versucht wird, ist die Zerschlagung eines privaten Großunternehmens im strategischen Erdölbereich, das einem Politiker gehörte, der zum Kreml in Opposition steht.

Das Vorgehen gegen Chodorkowskij und Jukos läßt mehrere Schlüsse zu:

- ▶ Die Privatisierung dürfte Putin insgesamt nicht revidieren wollen, weil dies einen solchen Verlust an Vertrauen der einheimischen und ausländischen Investoren in die Stabilität der politischen Verhältnisse in Rußland nach sich ziehen würde, daß die russische Wirtschaft insgesamt bedroht wäre und Putin seine ehrgeizigen Wirtschaftswachstumsziele verfehlen würde.
- ▶ Die unter Beteiligung von staatlichen Amtsträgern unter Jelzin betriebene »wilde« Privatisierung ist bisher nicht in eine rechtliche Form gebracht worden, die sie nachträglich legitimiert. Zudem hat der russische Staat bis heute keine Antimonopolbehörde mit entsprechenden Kompetenzen geschaffen und keinen Gesetzesrahmen erlassen, der den Wettbewerb sachgerecht regelt.
- ▶ Die treibende Kraft im Vorgehen gegen Chodorkowskij/Jukos ist der Föderale Sicherheitsdienst. Ihm geht es einerseits um die Schaffung eines starken Staates. Andererseits ist auch nicht auszuschließen, daß seine führenden Vertreter unmittelbare kommerzielle Interessen an der Zerschlagung von Jukos haben.
- ▶ Der russische Staat ist nicht bereit – von Ausnahmen abgesehen –, ausländisches Kapital in größerem Umfang im strategischen Rohstoffbereich (vor allem Erdöl) zuzulassen.
- ▶ Nach wie vor werden Steuerbehörden und Generalstaatsanwaltschaft benutzt, um politisch unliebsame Oligarchen politisch auszuschalten, selbst wenn Steuerstreitfälle als geregelt galten und die Steuerabschreibungen im Falle Jukos legal waren. Das bisherige Vorgehen der Sicherheits- und Rechtsorgane gegen Chodorkowskij und Jukos zeigt, daß die Justiz in Putins Rußland gelenkt wird.

Die Herausbildung von Oligarchen ist in Rußland weitgehend abgeschlossen. Denn es gibt keine größeren Finanz- und Industriegruppen mehr, die noch nicht in privater Hand sind oder die der Staat auf eine Weise versteigern würde, daß sie an eine oder zwei Personen fallen. Der historische Prozeß der Oligarchisierung der neunziger Jahre ist auch nicht mehr revidierbar. Die Oligarchen sind inzwischen ein festes Element der russischen Gesellschaft geworden und stellen einen gewissen Gegenpol zur staatlichen Macht dar.

Die deutsche Wirtschaft hat keine Alternative zur Kooperation mit oligarchischen Firmen, wenn sie mit Rußland im Energie- und Rohstoffbereich Geschäfte machen will. Aus gegebenem Anlaß empfiehlt es sich, wenn deutsche Firmen jeweils das Plazet Putins einholen. Es wäre auch vorteilhaft, wenn mit russischen Firmen zusammengearbeitet wird, bei denen der Staat Aktienanteile hält oder zumindest mit einer Amtsperson im Direktorenrat vertreten ist.

Speziell für den Prozeß gegen Chodorkowskij ergeben sich folgende Empfehlungen an die deutsche Politik:

- ▶ Die russische Seite sollte nicht im unklaren über die deutsche Erwartung bleiben, daß der Prozeß vor einem unabhängigen Gericht geführt wird.
- ▶ Der Prozeß sollte unter strenger Einhaltung der Bestimmungen der russischen Strafprozeßordnung und des russischen Strafgesetzbuches sowie unter Beachtung der europäischen Menschenrechtscharta stattfinden, Rußland ist schließlich Mitglied des Europarats.
- ▶ Der Prozeß sollte öffentlich, internationale Beobachter sollten zugelassen sein.

# Rußlands Oligarchen

Die Oligarchen<sup>1</sup> werden hier als eine Gruppe von Personen definiert, die (1) über ein Milliardenvermögen verfügen und die (2) in der russischen Wirtschaft als Unternehmer eine einflußreiche Rolle spielen. Dabei geht es nicht nur um wirtschaftlichen, sondern auch um politischen Einfluß.<sup>2</sup>

1 Der griechische Begriff *Oligarchia* bezeichnet nach Aristoteles als Zerrform der Aristokratie eine Herrschaft zum Nutzen der Reichen (*Aristoteles*, Politik, 1279b 10). In Rußland wurde dieser Begriff erstmals 1993 bei der Analyse der regionalen Elite vom Stellvertretenden Direktor des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften und Vorsitzenden des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, Sergej Karaganow, in einem Interview verwendet (*Nezavisimaja gazeta*, 13.10.1993; vgl. dazu: Hans-Henning Schröder, Jelzin und die »Oligarchen«. Über die Rolle von Kapitalgruppen in der russischen Politik [1993–Juli 1998], Köln 1998 [Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 40/1998]). 1995 wurde der Begriff auf die Wirtschaftselite übertragen (*Olga Kryštanovskaja*, *Finansovaja oligarchija v Rossii* [Die Finanzoligarchen in Rußland], in: *Izvestija*, 10.1.1996) und 1997 erstmals von einem Politiker verwendet (Boris Nemzow in einem Interview in: *Novaja gazeta*, 1.12.1997). In einem grundlegenden Aufsatz definierte der russische Politikwissenschaftler Aleksej Sudin die Oligarchen als eine kleine Gruppe von Führern der wichtigsten Finanz- und Produktionsstrukturen, die enge Beziehungen zur staatlichen Macht unterhalten (Aleksej Sudin, *Oligarchija kak političeskaja problema rossijskogo postkommunizma* [Oligarchen als politisches Problem des Postkommunismus in Rußland], in: *Obščesvennye nauki i sovremennost'*, 1999, No. 1, S. 45).

In der deutschen wissenschaftlichen Literatur werden unter Oligarchen diejenigen Unternehmer verstanden, »die (1) für die russische Volkswirtschaft insgesamt von Bedeutung sind und (2) im Rahmen einer Symbiose mit der politischen Führung politische Entscheidungsprozesse in ihrem Interesse beeinflussen« (Heiko Pleines, *Wirtschaftseliten und Politik im Rußland der Jelzin-Ära* [1994–99], Münster/Hamburg/London 2003, S. 14). Diese Definition ist zwar sachlich korrekt, setzt aber voraus, daß man die politische Beeinflussung nachweisen und messen kann.

2 Um den Personenkreis der Oligarchen zu bestimmen, werden zwei Listen zugrunde gelegt: als Liste 1 die Namen der russischen Milliardäre auf der letzten Forbes-Liste vom Februar 2004 (Forbes-Liste 2004, <<http://www.forbes.com/lists>>) und als Liste 2 die Namen der 50 einflußreichsten Unternehmer im vierten Quartal 2003 (50 naibolee vlijatel'nych predprinimatelej [Die Top-50 der einflußreichsten Geschäftsleute], in: *Nezavisimaja gazeta*, 30.1.2004). Die »Unabhängige Zeitung« (*Nezavisimaja gazeta*) forderte 63 Journalisten, Wirt-

Die Oligarchen handelten im allgemeinen nicht als Gruppe,<sup>3</sup> sondern fast immer als individuelle Akteure, weil sie sich untereinander als Konkurrenten betrachteten und weil jeder von ihnen partikulare Ziele verfolgte. Nur in einem Fall trat die Öllobby kollektiv auf, als die Verabschiedung eines für sie attraktiven Production-Sharing-Agreement-Gesetzes auf der Agenda stand.<sup>4</sup> Und einmal handelten sie gemeinsam politisch erfolgreich, als es 1996 um die Finanzierung von Jelzins Wahlkampf und die Medienunterstützung für seine Wiederwahl ging.

Als Gruppe verbindet die Oligarchen lediglich das gemeinsame Interesse, möglichst wenig Steuern zu zahlen und den gesamten wirtschaftlichen und politischen Prozeß in Rußland in ihrem Sinne durch ihre Lobby zu beeinflussen. Da sie über genügend Vermögen verfügen, können sie bei der Verfolgung ihrer Ziele gewichtigere Mittel einsetzen als die kleinen und mittleren Unternehmer.

## Altersstruktur und Ausbildung

Aus den biographischen Daten der Oligarchen in Rußland (vgl. Übersicht 1 im Anhang, S. 30f) ergibt sich, daß sie zwischen 38 (Abramowitsch) und 47 (Wekselberg) Jahre alt sind. Im allgemeinen gehören sie einer Generation an, die beim Zerfall der Sowjetunion 25 bis 34 Jahre alt war. Nur drei Oligarchen sind älter: Jewtuschenkow (56), Alekperow (54) und Bogdanow (53). Die junge Generation erlebte bereits unter Gorbatschow mit 20 bis 29 Jahren, daß das alte Sowjet-

schaftsexperten und Wissenschaftler dazu auf, aus einer Vorauswahl von 135 Unternehmern die 50 einflußreichsten auszuwählen. Dabei gab es für die Bewertung des Einflusses – in Anlehnung an das russische Notensystem – eine Skala von 0 (niedrigster Einfluß) bis 5 (höchstmöglicher Einfluß) vor, wobei zwischen »sehr starkem Einfluß« (über 4,0), »starkem Einfluß« (3,0–3,9) und »mittlerem Einfluß« (2,0–2,9) unterschieden wurde. In der im Anhang wiedergegebenen Übersicht 1 (S. 30f) werden diejenigen Unternehmer aufgelistet, die wenigstens einmal auf beiden Listen stehen. Die Rangfolge ergibt sich aus der Höhe des Milliardenvermögens.

3 Pleines, *Wirtschaftseliten und Politik im Rußland der Jelzin-Ära* [wie Fn. 1], S. 404.

4 Ebd., S. 393.



system erstarrt und an seine Grenzen gestoßen war. Eine Öffnung sowohl nach innen als auch nach außen schien ihnen notwendig zu sein. Die marxistisch-leninistische Ideologie war längst zu einer Leerformel geworden. Kapitalismus, selbständige unternehmerische Tätigkeit und Gewinnstreben waren keine verurteilten Charakteristika des Klassenfeinds mehr.

Bei den akademischen Ausbildungsgängen dominiert – wie zu Zeiten der UdSSR – der Ingenieur, gefolgt vom Ökonomen. Beim Zerfall der Sowjetunion 1991 hatten die meisten der Oligarchen Wirtschaftspositionen inne, die sie schon während der Gorbatschow-Zeit errungen hatten. Einer war als Stellvertretender Minister (für die Erdöl- und Gasindustrie) im Staatsdienst tätig.

Heute stehen sie mehrheitlich an der Spitze von Erdölfirmen, gefolgt von Metallkonzernen, zwei Mischkonzernen sowie einer Finanzholding. Daß die meisten Oligarchen bei den Erdölkonzernen zu finden sind, überrascht nicht, denn in diesem Sektor konnten bei den vergleichsweise niedrigen Produktionskosten und dem hohen Weltmarktpreis die größten Gewinne erzielt werden. Ähnliches gilt für die Produktion von Aluminium und Nickel.

## Aufstiegsmuster

Der Aufstieg der Oligarchen begann während der Privatisierung. Ohne Kenntnis dieses Prozesses ist die Formierung der Gruppe der Oligarchen nicht zu verstehen.

- ▶ Das erste Geld verdienten die Oligarchen während der ersten legalen Privatisierungsphase<sup>5</sup> von Herbst 1992 bis Juli 1994. In dieser Goldgräberzeit kamen sie relativ schnell zu Vermögen, das sie in der nächsten Privatisierungsphase gewinnbringend einsetzten. Die erste Phase wurde nach der vom damaligen Privatisierungsminister und Stellvertretenden Regierungschef Anatolij Tschubajs entwickelten

<sup>5</sup> In der Spätphase der Ära Gorbatschow – noch vor dem Zerfall der Sowjetunion – kam es ab 1991 zu einer ersten illegalen Privatisierung von Betrieben. Dabei wurden die lukrativen Teile der Großbetriebe unter der Hand aufgeteilt: unter dem Generaldirektor, dem Betriebsparteisekretär der KPdSU und dem Betriebschef der kommunistischen Einheitsgewerkschaft. In dieser Phase gingen die ersten Teile staatlichen Eigentums an jene Personen über, die bisher auf betrieblicher Ebene das jeweilige Industrieministerium, die Partei und die Staatsgewerkschaft vertraten. Während sie bisher nur über Staatseigentum verfügten, wurden sie nun zu Besitzern von Staatseigentum.

Methode der Vouchervergabe vollzogen, die dem Staatshaushalt nicht zuletzt deshalb nur geringe Einnahmen brachte, weil viele Unternehmen unter Wert verkauft wurden. Die Staatsunternehmen – in marxistisch-leninistischer Terminologie volkseigene Betriebe – wollte Tschubajs formal dem Volk zurückgeben, indem er jedem Russen, vom Baby bis zur Oma, kostenlos einen Voucher über eine bestimmte Rubelsumme schenkte, der in den zur Privatisierung freigegebenen staatlichen Betrieben angelegt werden konnte. Die Voucher wurden den »kleinen Leuten«, die ohnehin nicht wußten, was sie damit anfangen sollen, massenweise zu niedrigsten Summen abgekauft, manchmal für eine Flasche Wodka. Die Voucher aufkaufen – das ausländische Kapital war ausgeschlossen – konnten in Rußland nur diejenigen, die über das nötige Geld verfügten. Gorbatschow hatte Kooperativen zugelassen, also ganz kleine private Geschäfte und Betriebe, als deren Leiter die späteren Oligarchen in einer vom Mangel gekennzeichneten Gesellschaft einiges Geld verdienten. Ferner konnte die organisierte Kriminalität auf diese Weise ihr Geld »waschen« und so billig in den Besitz von ehemaligen Staatsbetrieben kommen. Schließlich konnte auf diesem Wege das Kapital – teilweise in Devisen – der ehemaligen KPdSU, das ihrer Jugendorganisation Komsomol und das des KGB angelegt werden.

- ▶ In der zweiten legalen Privatisierungsphase von Juli 1994 bis Juli 1997 setzten die Oligarchen ihr während der ersten Privatisierungsphase erwirtschaftetes Vermögen ein. Der russische Staat gab seine Betriebe nicht mehr – über den Umweg der Voucher – kostenlos ab, sondern verkaufte sie nach dem »Share-for-Loan«-Verfahren. Das lief so ab, daß die neuen Privatbanken dem verschuldeten Staat Kredite in Höhe von zwei Mrd. US-Dollar gewährten. Als Gegenleistung verpfändete der Staat Anteile an seinen Betrieben. Da der Staat die Kredite später nicht zurückzahlen konnte, gingen bis Ende 1998 zwölf Aktienpakete verpfändeter Betriebe in das Eigentum der Banken<sup>6</sup> über, die auf diese Weise zu Produktivvermögen kamen. Die russischen Banken konnten nun Finanzkapital mit dem Industriekapital zu Finanz-Industrie-Gruppen (FIG) vereini-

<sup>6</sup> Da die Bank, die alle Gebote entgegennahm, ihrerseits auch bieten konnte, hatte sie keine Schwierigkeiten, alle Konkurrenten auszustechen. Auf diese Weise konnte die damals von Chodorkowskij geführte Menatep-Bank den Ölkonzern Jukos ersteigern.

gen. In dieser Etappe akkumulierten sich die Milliardenvermögen der Oligarchen.

- ▶ In der dritten, bis heute andauernden Privatisierungsphase rundete sich das Vermögen der Oligarchen ab, sofern es hauptsächlich auf Bankkapital beruhte. Die Privatisierung erfolgte seither auf der Grundlage des neuen Privatisierungsgesetzes vom 21. Juli 1997. Dabei werden Aktienpakete angeboten, deren Verkauf ausschließlich nach dem Marktwert des Objekts zu erfolgen hat. Bei den Ausschreibungen haben diejenigen Banken große Vorteile, die über Insider-Wissen verfügen und die Ausschreibungen organisieren. Einige Banken wurden zudem durch die Regierung begünstigt.

## Handlungsstrategien

Die Handlungsstrategie der Oligarchen bestand *erstens* darin, eine möglichst große Nähe zum Staat zu suchen. Denn für jemanden, der in Rußland unter Jelzin politische Entscheidungen beeinflussen wollte, waren persönliche Beziehungen zu den Entscheidungsträgern von zentraler Bedeutung. Anders als in westlichen Ländern, wo die verschiedenen Lobbygruppen versuchen, ihre Interessen durch Beeinflussung von Regierungs- und Parlamentsmitgliedern geltend zu machen, ging man in Rußland noch einen Schritt weiter: Die Oligarchen waren nicht selten selbst Teil der staatlichen Machtstrukturen.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> So berief der damalige Präsident Boris Jelzin Anfang Dezember 1992 den Vorstandsvorsitzenden des zu einem Drittel staatlichen Gaskonzerns Gasprom, Wiktor Tschernomyrdin, zum Premierminister (bis März 1998). Von Januar bis August 1996 war der Generaldirektor des großen Autokonzerns »AwtoWAS«, Wladimir Kadannikow, Erster Stellvertretender Regierungschef und konnte in dieser Funktion die Interessen des Autokonzerns mit Nachdruck vertreten. Von August bis September 1996 war Wladimir Potanin, Vorsitzender des Direktorenrats der Finanz-Industrie-Gruppe Interros, Erster Stellvertretender Regierungschef. Boris Beresowskij, vormals Generaldirektor der Autofirma »AwtoWAS«, ehemaliger Erster Stellvertretender Vorsitzender des Direktorenrats des Ersten Russischen Fernsehens (ORT) und einer der reichsten Männer Rußlands, war von Oktober 1996 bis August 1997 Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrats und von April 1998 bis März 1999 Vorsitzender des GUS-Exekutivsekretariats. Am 24. Dezember 2000 wurde Roman Abramowitsch zum neuen Gouverneur des Autonomen Bezirks der Tschuktschen gewählt. Bis Juni 2000 war er Mitglied des Direktorenrats der Ölgesellschaft Sibneft (siehe Übersicht 1, S. 30f). Am 28. Januar 2001 wurde der Generaldirektor von »Norilskij nikel«, Aleksandr Chloponin, zum Gouverneur des

Der wichtigste Indikator für den politischen Stellenwert eines Großunternehmers war daher seine Präsenz in der Exekutive, deren Position gegenüber dem Parlament deutlich stärker ist als in westlichen Ländern. Dabei ging es nicht nur um Einflußnahme auf Entscheidungen, sondern auch um den Zugang zu Exklusivinformationen, die für das eigene Geschäft außerordentlich wichtig sind. Auf diese Weise verschafft man sich Zugang zu Privilegien, etwa die Zuteilung von Staatsaufträgen, Beauftragung mit der Ausführung föderaler Programme und vorzeitiger Zugriff auf staatliches Eigentum, das privatisiert werden soll.

Daß sich politische und wirtschaftliche Elite integrieren, war insofern nicht verwunderlich, als der Staat das Eigentum, den Privatisierungsprozeß, die Verteilung der Budgetmittel und der zentralen Investitionen, die Personalpolitik sowie die Vorbereitung und Annahme der für den Umbau des Wirtschaftssystems erforderlichen normativen Akte kontrolliert. Es lag auf der Hand, daß die Wirtschaftselite eine enge Verbindung zur bürokratischen Elite suchte. Das galt umgekehrt auch für die bürokratische Elite, die von der Transformation der Wirtschaft persönlich profitieren wollte. Die Oligarchen erwarben ihr Milliardenvermögen in so kurzer Zeit nicht durch reguläre Geschäftstätigkeit, sondern durch ihre Nähe zum Staat. Und diese Nähe benötigen sie auch weiterhin, wenn sie ihr Vermögen bewahren oder gar vermehren wollen, wie die Chodorkowskij/Jukos-Affäre zeigt.

Die *zweite* Handlungsstrategie der Oligarchen bestand im Aufbau von Netzwerken. Die Möglichkeiten wirtschaftspolitischer Einflußnahme waren unterschiedlich, wie sich am Beispiel der mächtigen Ölindustrie nachweisen läßt, je nachdem ob die Exekutive oder die Legislative den Entscheidungsprozeß bei der »Privatisierung« und der »Exportregulierung« bestimmte. War die Exekutive tonangebend, hatten die Ölgesellschaften über ihre Netzwerke direkte Einflußmöglichkeiten. Beherrschte dagegen die Legislative den Entscheidungsprozeß, zum Beispiel in Fragen der Steuerreform, so waren die Ölgesellschaften der kon-

Autonomen Bezirks Tajmyr und am 22. September 2002 zum Gouverneur der Region Krasnojarsk gewählt. »Norilskij nikel« kontrolliert 20% des Nickel- und 60% des Palladium-Weltmarktes. Neuer Gouverneur des Autonomen Bezirks der Ewenken ist seit dem 8. April 2001 Boris Solotarew. Bis zur Übernahme seines Gouverneursamts war er Direktor des Handelshauses für Ölprodukte von Jukos. Am 13. Januar 2002 wurde Wjatscheslaw Schtyrow, zuvor Präsident der Diamantenfirma »Almasy Rossija-Sacha«, zum Präsidenten der Republik Jakutien (Sacha) gewählt.

servativen Mehrheit in der Staatsduma ausgesetzt. »Aber selbst wenn sie mit der föderalen Exekutive konfrontiert waren, konnten die Ölgesellschaften in der Regel politische Entscheidungen nicht dominieren. Ursache hierfür waren die Rivalitäten zwischen den einzelnen Ölgesellschaften, die von der Regierung geschickt genutzt wurden.«<sup>8</sup> Im Herbst 1996, Ende 1997, im Sommer 1998 und Ende 1998 wurde der Druck der Regierung auf die Ölgesellschaften stark erhöht. Da sich die Ölgesellschaften nicht zu kollektivem Handeln bereithalten konnten, weil sie sich primär als Konkurrenten sahen, waren von den Regierungsmaßnahmen jedoch immer nur einzelne Gesellschaften betroffen.<sup>9</sup>

Die Einflußmöglichkeiten der Banken vergrößerten sich mit der Zahl der staatlichen Akteure, zu denen sie jeweils Verbindungen aufbauen konnten. Die besten Kontakte besaßen bis zur Finanzkrise im August 1998 die Bank Menatep, deren Vorstandsvorsitzender bis 1996 Chodorkowskij war, und die Oneksimbank Potanins, die infolge der Finanzkrise 1999 in Konkurs ging. Nach 1998 geriet die Alfa-Bank in die beste Position zur Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse.<sup>10</sup>

Bei der Privatisierung 1995 bis 1998 gelang es den Wirtschaftseliten, das staatliche Gesamtkonzept zu pervertieren, um sich »rent-seeking«-Möglichkeiten zu erhalten oder zu schaffen. Im Bereich der Besteuerung hebelten sie die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen in der Praxis aus, was indes keinen direkten Einfluß auf das Steuerverhalten der übrigen Wirtschaftsakteure hatte. In anderen wirtschaftspolitischen Feldern konnten die Wirtschaftseliten unter Jelzin einige staatliche Maßnahmen verhindern.<sup>11</sup>

Die dritte Handlungsstrategie ist die Lobbytätigkeit der Großunternehmer. Deren institutionalisierte Interessenvertretung, die Russische Union der Unternehmer und Industriellen (RUIU), wird von Arkadij Wolskij geleitet. Sie entstand 1992 und spielte in den ersten Jahren nur eine Rolle als Gesprächspartner der

Regierung – neben den Gewerkschaften – im Rahmen der »Russischen Versammlung der sozialen Partnerschaft«. Die RUIU forderte damals von der Regierung eine Vertiefung der Wirtschaftsreformen. An einer Verbandssitzung im April 1993 nahmen auch Jelzin und der damalige Premier Wiktor Tschernomyrdin teil, die in ihren Wortbeiträgen weitgehend den wirtschaftspolitischen Forderungen der Union zustimmten.

Erst nachdem Beresowskij und Gussinskij im Jahr 2000<sup>12</sup> durch Putin aus Rußland herausgedrängt worden waren, traten nach und nach auch die Oligarchen in den Verband ein, die es bis dahin nicht für nötig hielten, einem solchen Interessenverband anzugehören.<sup>13</sup> Putin will den Verband als Plattform für seinen Dialog mit den Unternehmern nutzen,<sup>14</sup> denn die Zeit der Direktbeziehungen der Oligarchen zum Präsidenten wie unter Jelzin ist vorbei. 2001 bildete der Verband verschiedene Arbeitsgruppen zu den wichtigsten wirtschaftsstrategischen Themen wie Transport- und Eisenbahnwesen, Energetik, Währungsgesetzgebung, Rechtsreform, Rentenreform, Zollreform und WTO-Beitritt, Bankenreform, Arbeitsgesetzgebung, Probleme des kleinen und mittleren Unternehmertums.

Im September 2002 richtete der Verband eine Ethikkommission ein, die Konflikte regeln soll, in die ein Mitglied des Verbandes verwickelt wird. Nach der Verhaftung ihres Führungsmitglieds Chodorkowskij im Oktober 2003 machte Wolskij anfangs denn auch Vorschläge für eine einvernehmliche Kompromißlösung (siehe unten, S. 24). Um die Interessen der russischen Unternehmer gegenüber dem Kreml nachdrücklicher vertreten zu können, wurde Ende Juli 2004 ein Kooperationsrat der russischen Unternehmerverbände gebildet, zu dem neben RUIU die beiden Verbände für die kleinen und mittleren Unternehmen »OPORA Rossii« und »Delowaja Russia« gehören.<sup>15</sup>

In den verschiedenen staatlichen Organen nimmt die Lobbytätigkeit der Unternehmer unterschiedliche Formen an. In der letzten Staatsduma, deren Legislaturperiode im Dezember 2003 endete, schlossen die

<sup>8</sup> Heiko Pleines, Der politische Einfluß von Wirtschaftseliten in Rußland. Die Öl- und Gasindustrie in der Ära Jelzin, Bremen 2002 (Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Nr. 41), S. 26f.

<sup>9</sup> Pleines, Wirtschaftseliten und Politik im Rußland der Jelzin-Ära [wie Fn. 1], S. 381.

<sup>10</sup> Heiko Pleines, Der politische Einfluß von Wirtschaftseliten in Rußland. Die Banken in der Ära Jelzin, Bremen 2003 (Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Nr. 43), S. 32.

<sup>11</sup> Pleines, Wirtschaftseliten und Politik im Rußland der Jelzin-Ära [wie Fn. 1], S. 383–386.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Eberhard Schneider, Das innenpolitische »System« Putins, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2001 (S 25/01).

<sup>13</sup> Potanin, Fridman und Chodorkowskij sind seit November 2000 Mitglieder des Vorstandsbüros, Deripaska seit 2001 Vizepräsident des Verbandes.

<sup>14</sup> Andrew Barnes, Russia's New Business Groups and State Power, in: Post-Soviet Affairs, 19 (2003) 2, S. 154–186 (178).

<sup>15</sup> Nezavisimaja gazeta, 30.7.2004.

Fraktionen regelrechte Vereinbarungen über Zusammenarbeit mit Firmen, die von den Fraktionsvorsitzenden sowie den Konzernchefs unterschrieben wurden, aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. So arbeitete zum Beispiel die Fraktion »Russische Regionen« mit LUKoil zusammen, die Fraktion »Einheit« mit der »Alfa-Grupp« und die Fraktion »Volksdeputierte« mit der Holding »Metalloinvest«.

Die Konzerne gaben Spenden an die politischen Parteien oder Bewegungen, welche die Fraktionen bilden, finanzieren Forschungsmaßnahmen, die für die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen erforderlich sind, sponsern Auslandsreisen usw. Gelegentlich werden auch Zahlen bekannt. So bezahlte die Ölgesellschaft Transneft in einem Jahr für Informationsmaterial und Pressearbeit der Abgeordneten 458.000 Rubel. Die Abgeordneten revanchierten sich, indem sie im Sinne der Ölgesellschaft für ein bestimmtes Gesetz votierten.<sup>16</sup>

Eine neuere Entwicklung in der Staatsduma von 1999 war die Herausbildung interfraktioneller Vereinigungen. Einen unmittelbar lobbyistischen Bezug hatte die interfraktionelle Vereinigung »Energie Rußlands«,<sup>17</sup> die in der am 7. Dezember 2003 gewählten neuen Staatsduma nicht mehr besteht. Über diese Vereinigung konnte die Energielobby und hier vor allem die Gasindustrie erreichen, daß knapp ein Drittel der Staatsdumaabgeordneten ein offenes Ohr für ihre Anliegen hatte und in der Folge bestimmte Gesetzesprojekte blockierte und andere initiierte. Man kann davon ausgehen, daß sich die Energielobby erkenntlich zeigte.

Im Föderationsrat hat sich die Lobbytätigkeit nach der Neuregelung der Bildung des Oberhauses ab 1. Januar 2002 vereinfacht. Seither sind nicht mehr die Gouverneure und die Vorsitzenden der Legislative der Föderationssubjekte Mitglieder des Oberhauses des Parlaments, sondern deren Vertreter. Die Folge davon ist, daß dem neuen Föderationsrat unter ande-

rem 22 Generaldirektoren von Staatsbetrieben und 23 private Unternehmer angehören.<sup>18</sup>

Während der Energiekomplex eine starke Lobby in der Staatsduma hat, verfügt die Rüstungsindustrie über eine Interessenvertretung in der Regierung. Am 22. Juni 1999 wurde die Regierungskommission für militärisch-industrielle Fragen gebildet, deren Zusammensetzung inzwischen mehrmals geändert wurde.<sup>19</sup> In dieser Kommission sind die wichtigsten Rüstungsfirmen vertreten, die zum Teil privatisiert sind.<sup>20</sup> Sie berät unter staatlicher Leitung Fragen der Rüstungsproduktion, der Rüstungsaufträge für die russische Armee und des Rüstungsexports.

Die vierte Handlungsstrategie der Oligarchen hat den Charakter von monetärem Klientelismus. Die Oligarchen setzen ihre finanziellen Mittel ein, damit sich bestimmte Personen ihnen verpflichtet fühlen.

**18** So ist zum Beispiel Sergej Pugatschow Vertreter der Regierung der Republik Tuwa. Der ehemalige Vorsitzende des Direktorenrats der Internationalen Industriebank gilt als der »Bankier des Kreml«. Seit dem 5. Juni 2002 ist der ehemalige Erste Vizepräsident von LUKoil, Ralif Safin, Vertreter der Legislative der Republik Altai. Am 27. Oktober 2003 wurde der dritte Jukos-Mann, der Milliardär Wassilij Schachnowskij, als Vertreter des Regionalparlaments des Autonomen Bezirks der Ewenken zum Mitglied des Föderationsrates gewählt. Am 6. November 2003 wurde diese Wahl von einem Gericht im Kraj Krasnojarsk wegen angeblicher Verletzung von Wahlvorschriften annulliert. Schachnowskij verlor damit seine Immunität und wurde wegen Steuerhinterziehung angeklagt.

**19** Als ständig tätiges Organ hat diese Regierungskommission die Arbeit föderaler Organe zu koordinieren, die der Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit und der Sicherheit des Landes dienen. In diesem Rahmen hat die Kommission auch Vorschläge zur Bewahrung und Verbesserung des Rüstungsindustriepotentials des Landes auszuarbeiten. Die Kommission wird von Premier Michail Fradkow geleitet, unter ihren Mitgliedern sind mehrere Regierungsangehörige wie Verteidigungsminister Sergej Iwanow, Finanzminister Aleksej Kudrin, Wirtschaftsminister German Gref sowie Generalstabschef Armeegeneral Jurij Balujewskij. In der Regierungskommission für den militärisch-industriellen Komplex dürfen die Generaldirektoren der großen Rüstungsfirmen nicht fehlen: Jurij Koptew (Generaldirektor von Rossaviakosmos [Luftfahrtindustrie] und Vorsitzender des Direktorenrats des Flugzeugwerks »Suchoj«), Aleksandr Nosdratschew (Russische Agentur für konventionelle Rüstung [RAW]), Sinowij Pak (Russische Munitionsagentur; ehemaliger Minister für Verteidigungsindustrie), W. Ja. Pospelow (Rossudostroenie [Schiffsbau]) und Aleksandr Zarenko (Hauptverwaltung für die Versorgung von Spezialeinrichtungen).

**20** Vgl. dazu Hannes Adomeit, Rußlands Rüstungsindustrie. Struktur und internationale Verflechtung, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2004 (S 15/04).

**16** Kommersant, 16.1.2002; Handelsblatt, 4.12.2003; Das Parlament, 16.2.2004.

**17** Diese Gruppe von 130 Abgeordneten wurde im Januar/Februar 2000 gegründet. Zu ihrem Vorsitzenden wurde am 22. Februar 2000 der frühere Gasprom-Chef Wiktor Tschernomyrdin gewählt, der nach seiner Ablösung als Premierminister durch Jelzin 1998 Abgeordneter der Staatsduma war. Nach Tschernomyrdins Ernennung zum russischen Botschafter in der Ukraine wurde im Mai 2001 Wladimir Katrenko Vorsitzender dieser Gruppe in seiner damaligen Funktion als Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Energiewirtschaft, Verkehrswesen und Kommunikation und Mitglied der Fraktion der Regierungspartei »Einiges Rußland«.

Unter Jelzin nutzen sie ihre finanziellen Mittel auch zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung.<sup>21</sup>

Auf regionaler Ebene finanzieren wichtige regionale Wirtschaftsgruppen die Wahlkampagnen von Bewerbern um das Gouverneursamt oder sie kandidieren gleich selbst für politische Ämter.<sup>22</sup> Unter Jelzin gelang es dem Oligarchen Boris Beresowskij sogar, den Präsidenten politisch zu beeinflussen.<sup>23</sup> Beresowskij organisierte nicht nur die Finanzierung der Wiederwahlkampagne Jelzins 1996, sondern ergriff auch die Initiative zur Entlassung von Premier Wiktor Tschernomyrdin im Frühjahr 1998.<sup>24</sup>

## Wertorientierungen

Das Scheitern der Sowjetunion bedeutete auch den Zusammenbruch der marxistisch-leninistischen Ideologie und ihres Wertesystems. Auch wenn in den letzten Jahren der UdSSR nur eine Minderheit wirklich an diese Ideologie geglaubt hat und eine noch kleinere Minderheit absolut gegen sie eingestellt war, so hat sie doch bei der Mehrheit der Bevölkerung einen Bodensatz bestimmter Überzeugungen, Wertmaßstäbe und Orientierungen hinterlassen. Schließlich hatte sie das gesamte politische, wirtschaftliche,

gesellschaftliche und geistige Leben jahrzehntelang durchdrungen. Mit dem plötzlich eingetretenen Wertevakuum war zunächst Orientierungslosigkeit verbunden. Nicht wenige suchten Zuflucht in Konsum, Genuß und materiellen Dingen.

In der Goldgräberzeit unter Jelzin war das Hauptziel der Oligarchen die möglichst schnelle Gewinnmaximierung. Denn man konnte ja nicht wissen, was morgen sein würde. Gäbe es dann noch die Möglichkeit, die Geschäftstätigkeit fortzusetzen, oder stand wieder ein Putsch wie 1991 oder 1993 ins Haus? Würden die Kommunisten oder die Nationalisten die Macht ergreifen? Würden sie das Privatvermögen konfiszieren und die Unternehmen wieder verstaatlichen? Die Oligarchen investierten ihr in kurzer Zeit akkumuliertes Kapital nicht in die Unternehmen oder ganz allgemein in Rußland, sondern brachten es möglichst schnell (illegal) ins Ausland, da sie kein Vertrauen in die politische Stabilität Rußlands hatten.

In letzter Zeit ist bei einigen Oligarchen eine Öffnung in Richtung USA und Westeuropa festzustellen. Sie wollen Rußland in die Weltwirtschaft integrieren und haben ein kosmopolitisches Weltverständnis. Chodorkowskij beispielsweise war der erste, der die Buchhaltung in seinem Konzern auf internationalen Standard umstellte. Außerdem verhandelte er mit ExxonMobile über eine größere Investition in seinen Konzern, die eine der Anlässe für das Vorgehen gegen ihn und Jukos war (siehe unten, S. 19). Seine Firmenstrategie war nicht mehr kurzfristig, sondern mittel- bis langfristig angelegt.

Im Jahr 2003 hat sich der Ölkonzern TNK unter Michail Fridman und Wiktor Wechselberg mit BP zum gemeinsamen Konzern TNK-BP zusammengeschlossen, was unter den heutigen politischen Bedingungen wahrscheinlich nicht mehr möglich wäre. Auf absehbare Zeit dürfte dieser Zusammenschluß einer russischen mit einer westlichen Ölfirma der einzige bleiben, sofern der Kreml nicht sogar versucht, ihn wieder rückgängig zu machen.

Seit neuestem geben sich Oligarchen wie Pugtaschow, die dem Präsidenten nahestehen, ausgesprochen patriotisch. Sie wollen – wie sie es ausdrücken – nur noch eine national orientierte Firmenpolitik betreiben. Und Chodorkowskij zum Beispiel lehnte das Angebot des Kreml ab, ins Ausland zu gehen (siehe unten, S. 21).

Einige Oligarchen orientieren sich auch an der Russisch-orthodoxen Kirche und bedenken sie mit Geldspenden, sei es aus religiöser Überzeugung oder aus nationalistischen Gründen. Die Kirche ist schließlich

<sup>21</sup> *Pleines*, Wirtschaftseliten und Politik im Rußland der Jelzin-Ära [wie Fn. 1], S. 389.

<sup>22</sup> *Barnes*, Russia's New Business Groups [wie Fn. 14], S. 179f.

<sup>23</sup> Beresowskij hatte über Jelzins Tochter Tatjana Djatschenko, mit der er gut befreundet war, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf den damaligen Präsidenten, auch in Personalfragen. Das ging sogar so weit, daß Beresowskij Jelzin signalisierte, wann er seinen Premier zu entlassen und wen er als dessen Nachfolger einzusetzen habe. Unter Führung von Beresowskij verabredeten sich Ende Februar 1996 die Oligarchen Gussinskij, Chodorkowskij, Potanin, Fridman, Aven und Aleksandr Smolenskij am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos, um Jelzins zweite Präsidentschaftskandidatur massiv zu fördern. Die Unterstützung der Kandidatur Jelzins – vor allem durch die Massenmedien, die sich damals in der Hand der Oligarchen Boris Beresowskij und Wladimir Gussinskij befanden – war dringend nötig, denn nach den Umfragen im Januar 1996 hatte Jelzin nur 0,5% der Stimmen zu erwarten (Paul *Klebnikow*, *Der Pate des Kreml. Boris Beresowskij und die Macht der Oligarchen*, München 2001, S. 273–278). Dank der oligarchischen Unterstützung gelang Jelzin seine Wiederwahl am 3. Juli 1996 mit 53,8%; sein Kontrahent, der KPRF-Vorsitzende Gennadij Sjuganow, unterlag mit 40,3%. Die Oligarchen wollten auf jeden Fall die Wahl des Kommunistenchefs verhindern, weil sie befürchteten, daß er versuchen werde, die Privatisierung wieder rückgängig zu machen.

<sup>24</sup> *Klebnikow*, *Der Pate des Kreml* [wie Fn. 23], S. 352.

der letzte noch verbliebene Hort des Russentums und war in den Jahrhunderten der tatarischen Oberherrschaft der einzige Kristallisationspunkt russischer Kultur. In diesem Sinne könnte man von einem orthodoxen Patriotismus sprechen.<sup>25</sup>

In letzter Zeit bekommt die Russisch-orthodoxe Kirche immer mehr den Charakter einer Staatskirche, obwohl Rußland laut Verfassung ein säkularer Staat ist. Die Kirche startet zwar keine eigenen politischen Initiativen, unterstützt aber die »Partei der Macht«. Zugleich entfaltet sie immer umfassendere wirtschaftliche Aktivitäten, die ihr der Staat nicht nur erlaubt, sondern über Privilegien sogar ermöglicht. Die Bilanzen werden dabei kaum offengelegt.<sup>26</sup>

**25** Sergej *Mozgovoj*, Siloviki im Dienste der Orthodoxie. Staat, Kirche und Nation in Rußland, in: Osteuropa, (2004) 4, S. 59–73.

**26** Aleksandr *Soldatov*, Religion und Staat. Die Russische Orthodoxe Kirche und der geistliche Raum Rußlands, in: Osteuropa, 54 (2004) 4, S. 74–81.

## Putin und die Oligarchen – Konflikt oder Kooperation?

Putins politisches Ziel ist es, von den Oligarchen unabhängig zu sein.<sup>27</sup> Insofern war er auch nicht länger bereit, die unter Jelzin eingerissene Praxis weiter zu tolerieren, daß die Oligarchen wichtige politische Entscheidungen des Präsidenten beeinflussten. Ihm kam der Umstand zu Hilfe, daß die Finanzkrise im August 1998 die Oligarchen so sehr geschwächt hatte, daß sie wieder in Abhängigkeit von der politischen Führung gerieten. Putin erhielt somit den Spielraum, der nötig war, um gegen die Oligarchen im Medienbereich vorgehen zu können.<sup>28</sup> Konkret erreichte Putin durch Einsatz der Generalstaatsanwaltschaft und der Steuerbehörden, daß die beiden Oligarchen und Medienmogule Boris Beresowskij und Wladimir Gussinskij ihre Fernseh- und Zeitungsanteile am Ersten russischen Fernsehprogramm ORT und am Sender NTV an den Staat bzw. an Gasprom-Media verkaufen mußten, einer Tochter des Gaskonzerns Gasprom (36,5% der Aktien in Staatshand), und 2001 ins Ausland gingen.<sup>29</sup>

Ende Juli 2000 erklärte Putin, daß er sein Verhältnis zu den Oligarchen künftig von dem Maß der Unterstützung abhängig machen wolle, das er von ihnen für seine Politik erhalte. Auf einem Treffen mit den Oligarchen am 28. Juli 2000 lehnte er es ab, ihnen Straffreiheit für die im vergangenen Jahrzehnt nicht immer legal zustande gekommenen Privatisierungen zu gewähren. Allerdings wollte er die Privatisierungen, durch welche die Oligarchen schnell zu Reichtum

gekommen waren, erklärtermaßen auch nicht wieder rückgängig machen. Seit Anfang 2001 trifft sich Rußlands Präsident in unregelmäßigen Abständen mit den Wirtschaftsführern.

Mit den Oligarchen einigte sich Putin im Rahmen eines Treffens mit der Russischen Union der Industriellen und Unternehmer im Dezember 2000 auf folgenden Kompromiß: Der Staat gewährt den Oligarchen ungehinderte Geschäftstätigkeit und gelegentliche Unterstützung und erwartet dafür im Gegenzug uneingeschränkte Loyalität. Putin machte deutlich, daß er die Existenz anderer Machtzentren, die sich in seinen Verantwortungsbereich einmischen wollen, nicht dulden werde. Der Staat lehne es ab, eine Waffe in der Hand der größten Finanz- und Industriegruppen zu sein. Putin verfolgt eine Doppelstrategie: Vorgehen gegen politisch unliebsame Oligarchen, aber nicht gegen die ganze Unternehmerschaft.<sup>30</sup>

<sup>27</sup> KGB-Generalmajor Jurij Drosdow in: Jurij Drozdov/Jurij Fartyšev, Andropov i Vladimir Putin [Andropov und Vladimir Putin], Moskau 2001, S. 173. In einem Interview mit der französischen Tageszeitung *Le Figaro*, das im Vorfeld seines Frankreich-Besuchs am 26. Oktober 2000 veröffentlicht wurde, drohte Putin den Oligarchen mit einem Knüppel. Bisher habe es schon genügt, ihn zu zeigen. Doch wenn es nötig sei, werde er nicht zögern, den Oligarchen damit auf den Kopf zu schlagen. Der Staat lasse sich nicht erpressen. Wenn nötig, werde er die Instrumente zerstören, mit denen dies versucht werden könne.

<sup>28</sup> Stefanie Harter/Jörn Grävingholt/Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder, *Geschäfte mit der Macht. Wirtschaftseliten als politische Akteure im Rußland der Transformationsjahre 1992–2001*, Bremen 2003, S. 303f.

<sup>29</sup> Vgl. dazu Schneider, *Das innenpolitische »System« Putins* [wie Fn. 12].

<sup>30</sup> Vgl. dazu Hans-Henning Schröder, *Zwei Jahre Putin*, in: Gabriele Gorzka/Peter W. Schulze, *Putins Rußland. Der lange Marsch in die Modernität*, Frankfurt a.M./New York 2004, S. 54.

## Der Fall Chodorkowskij

Für das überraschende Vorgehen gegen den damaligen Vorstandsvorsitzenden des Ölkonzerns Jukos, Michail Chodorkowskij, der am 25. Oktober 2003 verhaftet wurde, waren in der Phase bis zur Wahl der Staatsduma am 7. Dezember 2003 und des Präsidenten am 14. März 2004 politische Gründe maßgebend. Mit seiner Verhaftung verschwand Chodorkowskij von der politischen Bühne. Nach seiner politischen Ausschaltung ging es darum, ihm sein Vermögen abzunehmen.<sup>31</sup> Wirtschaftliche Gründe rückten nun in den Vordergrund.

### Machtpolitischer Hintergrund

Das Vorgehen gegen Chodorkowskij ist vor der Folie des Putinschen Machtsystems zu sehen. Putin ist es dabei gelungen, fünf Machtgruppen<sup>32</sup> auszubalancieren (vgl. Graphik, S. 16):

- ▶ Die erste Gruppe bilden die Chefs der Machtministerien, die *Silowiki*, von denen eine Reihe wie Putin aus St. Petersburg stammen. Zu ihnen gehören, um nur die wichtigsten zu nennen, die Leiter der Machtorgane FSB (Föderaler Sicherheitsdienst Rußlands = Inlandsgeheimdienst; Leiter: Nikolaj Patruschew), Verteidigungsministerium (Sergej Iwanow), Innenministerium (Raschid Nurgalijew) sowie der Personalchef der Präsidentialadministration Wiktor Iwanow, der aus dem FSB kommt. Die *Silowiki* bilden aufgrund der traditionellen Rivalitäten zwischen den verschiedenen Nachrichtendiensten und im Verhältnis zum Innen- sowie zum Verteidigungsministerium keinen homogenen Block. Aber sie sind sich einig in dem Ziel, einen starken Staat zu schaffen, in dem nicht zugelassen werden kann, daß eine Person oder eine Gruppe sich über ihn erhebt.
- ▶ Zu den *Reformern aus St. Petersburg* zählen vor allem Wirtschaftsminister German Gref und Finanzminister Aleksej Kudrin. Sie wollen die Marktwirtschaft voranbringen, sind aber untereinander zerstritten. Innerhalb dieser Gruppe besteht eine deutliche Rivalität zwischen Kudrin und Gref. Gref ist als Rußlanddeutscher in seiner Wirtschaftspolitik auf Deutschland und Europa ausgerichtet und möchte möglichst viele Investitionen ins Land holen und damit für Wirtschaftswachstum sorgen. Finanzminister Kudrin, der in erster Linie die Staatsschulden zurückzahlen will, orientiert sich dagegen stärker an den USA.
- ▶ Zur *Jelzin-»Familie«* gehören nicht nur die Mitglieder der Familie des ehemaligen Präsidenten Boris Jelzin im engeren Sinne, sondern auch eine Reihe führender Politiker, die unter Jelzin in ihre Ämter kamen, darunter der ehemalige Leiter der Präsidentialadministration, Aleksandr Woloschin, und der ehemalige Premierminister Michail Kassjanow sowie die Oligarchen Roman Abramowitsch (Gouverneur des Autonomen Bezirks der Tschuktschen, Sibneft) und Oleg Deripaska (Aluminiumkonzern Bazovyj element, Russkij aljuminij).
- ▶ Zu den wichtigsten *Oligarchen* gehören die in Übersicht 1 im Anhang (S. 30f) angeführten Personen. Acht Oligarchen kontrollieren 20% des russischen Bruttoinlandsprodukts (BIP).
- ▶ *Regionale Führer*, die entweder Präsidenten bzw. Gouverneure wichtiger Föderationssubjekte und/oder nicht auf Zahlungen aus Moskau angewiesen sind, wie zum Beispiel die Präsidenten von Tatarstan (Mintimer Schaimijew), Baschkortostan (Murtasa Rachminow) und Sacha (Wjatscheslaw Schtyrow), die Oberbürgermeister von Moskau (Jurij Lushkow) und St. Petersburg (Walentina Matwijenko) sowie die Gouverneure von Swerdlowsk (Eduard Rossel), Krasnojarsk (Aleksandr Chloponin), Nowgorod (Michail Prussak), Samara (Konstantin Titow) und Saratow (Dmitrij Ajazkow). Sie eint das Interesse an einem schwachen Zentrum, das ihre Position dann um so stärker erscheinen ließe.

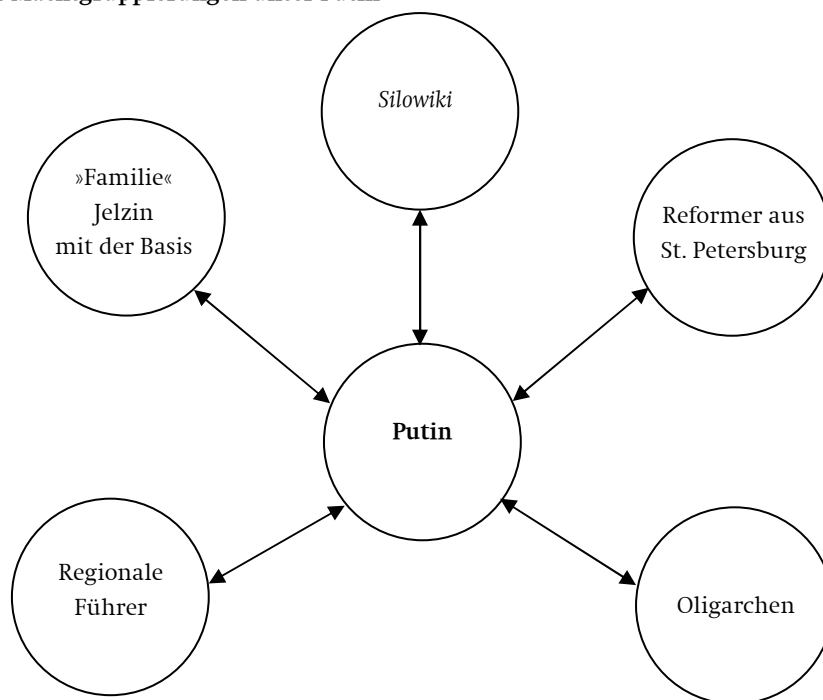
<sup>31</sup> Vgl. dazu: Evgenij *Jasin* (Wissenschaftlicher Leiter der der Regierung nahestehenden Staatlichen Hochschule für Ökonomie in Moskau), Delo »Jukosa«: Sejateli stracha [Die Jukos-Angelegenheit: Wer Furcht sät], in: Vedomosti, 30.7.2004.

<sup>32</sup> Nach einer Analyse von Sergej Birukov.



## Graphik

### System der Machtgruppierungen unter Putin



Putin, der von der Jelzin-Familie und vom Oligarchen Beresowskij ins Amt gebracht worden war, genoß als Erster Stellvertreter des Reformbürgermeisters von St. Petersburg, Anatolij Sobtschak, das Vertrauen der Reformer und wurde als ehemaliger FSB-Chef auch von den *Silowiki* unterstützt. Alle diese vier Machtgruppen – bis auf die Regionalpolitiker, die dann als erste unter dem Präsidenten Putin Macht einbußen hinnehmen mußten – konnten in Putin einen Sachwalter ihrer Interessen sehen.

Jede Machtgruppe verfolgt dabei jedoch eigene Interessen. Das kann sich aber in Krisenzeiten ändern. Dann können sie sich zu unterschiedlichen Koalitionen gegen Putin zusammenschließen. Die *Silowiki* und die Oligarchen können allerdings auch ernsthaft in Konflikt miteinander geraten, wie der Fall Chodorkowskij zeigt. Die *Silowiki* wollen, daß die Privatisierung überprüft oder sogar rückgängig gemacht wird, während sich die Oligarchen gegen diese Option stemmen.

Die Stärke der verschiedenen Machtgruppen hat sich in letzter Zeit verändert: Die Jelzin-Gruppe ist durch das Ausscheiden der letzten vom ersten Präsidenten eingesetzten Politiker geschwächt worden, während die Gruppe der *Silowiki* an Einfluß gewonnen hat. Aufgrund des geänderten Kräfteverhältnisses neigt Putin immer mehr den *Silowiki* zu, vielleicht auch aus der Erkenntnis heraus, daß das riesige Land

mit seinen elf Zeitzonen ohne demokratische Tradition nur mit einer starken Hand zusammengehalten werden kann.

### Politische Gründe

Das Vorgehen gegen Chodorkowskij hatte vor allem politische Gründe. Aus Sicht des Kreml hat er, *erstens*, den ungeschriebenen Pakt verletzt, den Putin im Jahr 2000 mit den Oligarchen geschlossen hatte: Solange sie sich aus der föderalen Politik heraushielten, würde er ihre wilde Privatisierung nicht überprüfen lassen. Chodorkowskij hatte nun aber vor der Staatsdumawahl am 7. Dezember 2003 den Wahlkampf der beiden demokratisch-liberalen Oppositionsparteien »Jabloko« und »Union rechter Kräfte« in einem Ausmaß finanziell unterstützt, das deutlich über jenes der anderen Oligarchen hinausging. Hinzu kam noch, daß für die Kommunisten Sergej Murawlenko kandidierte, der den Direktorenrat von Jukos leitete und Jukos-Aktionär ist.<sup>33</sup> Der Kreml unterstellte Chodorkowskij im Herbst 2003, daß er in der neuen Staatsduma durch die Unterstützung von Parteien und Abgeordneten eine Sperrminorität erreichen und damit

<sup>33</sup> Chodorkowskij in einem Vortrag am 29.9.2003 in Berlin.

sozusagen das Parlament privatisieren wolle, um ihm unliebsame Gesetze zu verhindern.<sup>34</sup>

Schließlich wurde die Erklärung Chodorkowskij, im Jahr 2008 zu seinem 45. Geburtstag als Vorstandsvorsitzender von Jukos zurückzutreten,<sup>35</sup> als Ankündigung seiner Kandidatur für die in jenem Jahr stattfindende Präsidentenwahl aufgefaßt. Diese Interpretation ist um so unverständlicher, als die Oligarchen in Rußland nicht populär sind und Chodorkowskij als Jude angesichts des latenten russischen Antisemitismus wohl keine Chance hätte, gewählt zu werden.

Speziell die *Silowiki* sahen sich durch Chodorkowskij in ihren Machtinteressen angegriffen. So ging die Initiative für die Maßnahmen gegen den Jukos-Chef denn auch nicht von Putin aus, sondern von den *Silowiki*.<sup>36</sup> Der in Kreisen der Kreml-Administration initiierte »Rat für nationale Strategie« hatte im Mai 2003 unter Leitung von Stanislaw Belkowskij eine Studie mit dem Titel »Staat und Oligarchie«<sup>37</sup> ausgearbeitet, in der von einem angeblich bevorstehenden Umsturz der Oligarchen die Rede war. Rußland

solle demnach aus einer »präsidialen in eine präsidial-parlamentarische Republik (quasi nach dem französischen Modell)« unter Beschneidung der Kompetenzen des Präsidenten verwandelt werden. Dazu sei eine Änderung der Verfassung erforderlich, die für 2004 vorgesehen sei. Chefideologe dieser Transformation sei Chodorkowskij, der dabei von anderen Oligarchen wie Abramowitsch, Deripaska und Fridman unterstützt werde. Auf diese Studie ist Putin später immer wieder von seiner Umgebung in der Präsidialadministration angesprochen worden. Schließlich gab der Präsident nach Veröffentlichung dieser Studie in der nationalistischen Wochenzeitung *Sawtra* (»Morgen«) am 25. Juni 2003 Grünes Licht, gegen Jukos vorzugehen. Es kam zur Verhaftung des Menatep-Chefs und Jukos-Mitgesellschafters Platon Lebedew.

Zweitens sollte an diesem Fall ein Exempel statuiert werden. Es fiel dem Kreml schon schwer genug, hinnehmen zu müssen, daß Oligarchen auf der regionalen Ebene in die Politik einstiegen, sei es als Präsident (Schtjrow), Gouverneur (Abramowitsch, Chlaponin und Solotarew) oder als Föderationsratsmitglied und damit als Vertreter einer Region im Oberhaus (Pugatschow). Die Exilierung der beiden Oligarchen Beresowkij und Gussinskij im Jahr 2000 wirkte offensichtlich nicht mehr als Warnung an die Oligarchen, keine oppositionelle Politik zu betreiben. Deshalb erging eine verschärfte Warnung: Selbst der reichste Mann Rußlands und sein Superkonzern sind vor dem Kreml nicht mehr sicher.

Der dritte politische Grund ist darin zu sehen, daß Chodorkowskij versuchte, die Herausbildung einer zivilen Gesellschaft in Rußland als Garant für die Fortsetzung der demokratischen Transformation finanziell zu fördern. So gründete er in Anlehnung an die Soros-Stiftung »Open Society« die Stiftung »Offenes Rußland«, deren Verwaltungsrat einflußreiche Amerikaner und Engländer angehören, wie der ehemalige demokratische Senator Bill Bradley, der frühere US-Außenminister Henry Kissinger oder der britische Bankier Lord Rothschild.<sup>38</sup>

Chodorkowskij spendete jährlich 200 Mio. US-Dollar zur Finanzierung der Staatlichen Hochschule für Geisteswissenschaften und für die Schulung von 200 000 Jugendlichen im Umgang mit dem Internet sowie in den Grundlagen der demokratischen politischen Systeme in den 50 Regionen, in denen Jukos tätig ist. Er richtete ein Gymnasium für Kinder aus

34 Nina *Baschkatow*, Putin, Yukos und die Wahlen in Rußland. Patrioten und Oligarchen, in: *Le Monde diplomatique*, 17.12.2003.

35 Chodorkowskij am 29.9.2003 in Berlin in einem Vortrag.

36 Informationen am 13.11.2003 aus der engeren Umgebung des ehemaligen Leiters der Präsidialadministration, Aleksandr Woloschin, und des ehemaligen Premiers, Michail Kassjanow.

37 Vgl. <<http://www.snsr.ru>>. Die Studie ist Putin von seinem Personalchef Wiktor Iwanow über den mit ihm verbundenen Kanzleichef Putins, Igor Setschin, zugeleitet worden, der wiederum eng mit Belkowskij befreundet ist. Wiktor Iwanow, Generalleutnant des FSB, hat mit Putin an der KGB-Hochschule studiert. Setschin war unmittelbar nach Abschluß seines Romanistikstudiums 1984 als Dolmetscher in Mozambique tätig gewesen, was seinerzeit nicht ohne KGB-Verbindungen möglich war. Diese Verbindungen dürften bis heute zum KGB-Nachfolger Inland FSB bestehen. Setschin leitete von 1991 bis 1996 den Apparat des Ersten Stellvertretenden Oberbürgermeisters Putin in Leningrad, 1998 den Apparat Putins in dessen Amtszeit als Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration und von November bis Dezember 1999 das Sekretariat des Premiers Putin. Nach seiner Wiederwahl als Präsident reformierte Putin die Präsidialadministration. Von den bisherigen neun Stellvertretenden Leitern der Präsidialadministration blieben nur noch zwei übrig, einer von ihnen ist Setschin. Die vormaligen Stellvertretenden Leiter wurden zu Helfern des Präsidenten zurückgestuft (Dekret »Ob administracii prezidenta« vom 26.3.2004). Kein Papier gelangt auf Putins Schreibtisch, das zuvor nicht durch Setschins Hände gegangen ist. Setschin ist sehr eng mit Iwanow verbunden (Information von einer Person in Moskau am 17.3.2004, die in enger Verbindung zur Umgebung des FSB steht).

38 *Baschkatow*, Putin, Yukos und die Wahlen in Rußland [wie Fn. 34].

Krisengebieten ein, gab Zuschüsse für diverse Theater und spendete jährlich 100 Mio. US-Dollar für wohltätige Zwecke.<sup>39</sup> Außerdem werden von ihm neben NGOs wie Memorial und die Helsinki-Gruppen auch einzelne Journalisten gefördert. Chodorkowskij kaufte die populäre Zeitung *Moskowskije nowosti* (Moskauer Neuigkeiten) und setzte den im Kreml unliebsamen ehemaligen NTV-Chef Jewgenij Kisseljow als Chefredakteur ein.

Laut Chodorkowskij ist das Big Business in Rußland heute der Katalysator für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft.<sup>40</sup> Der Kreml ist da anderer Ansicht, sieht er sich doch selbst in dieser Rolle. Daher initiierte er im November 2001 das Zivile Forum und gründete die Menschenrechtskommission beim Präsidenten. Anderen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten steht der Kreml überaus mißtrauisch gegenüber. In seiner jährlichen Botschaft zur Lage der Nation an die beiden Parlamentskammern sprach sich Putin am 26. Mai 2004 gegen die »nichtpolitischen gesellschaftlichen Organisationen« aus. Einem Teil von ihnen warf er vor, daß ihnen die Finanzierung durch angesehenere ausländische Stiftungen zur vorrangigen Aufgabe geworden sei, einem anderen, daß er die »zweifelhaften Gruppen- und Gesellschaftsinteressen« bediene.<sup>41</sup>

Viertens ist das Vorgehen gegen Chodorkowskij und Jukos bei der Bevölkerung insofern populär, als die Oligarchen nicht sonderlich beliebt sind. Laut einer Meinungsumfrage vom Herbst haben 70% der Bevölkerung von den Oligarchen eine schlechte Meinung.<sup>42</sup> Die Mehrheit der Russen ist für eine teilweise oder vollständige Revision der Privatisierung. Vor diesem Hintergrund spekulierte »Einiges Rußland« – die »Partei der Macht« – mit dem Vorgehen gegen Chodorkowskij nicht ohne Grund auf Stimmengewinne bei der Staatsdumawahl am 7. Dezember 2003.<sup>43</sup>

In der Frage des Vorgehens gegen Jukos waren die Präsidialadministration und die Regierung keineswegs einheitlicher Meinung. Während der bisherige Leiter der Präsidialadministration, Aleksandr Woloschin – er trat aus Protest gegen die Verhaftung Chodorkowskijs

am 30. Oktober 2003 zurück –, und sein Stellvertreter Wladislaw Surkow, zuständig für die Innenpolitik und die Zusammenarbeit mit der Staatsduma, dem Föderationsrat, dem Verfassungsgericht und der Zentralen Wahlkommission, gegen den Zugriff auf Chodorkowskij und Jukos waren, waren und sind die bereits erwähnten Wiktor Iwanow und Igor Setschin dafür. Woloschin wollte den Konflikt zwischen dem Kreml und Jukos bereits im Juli 2003 durch eine Erklärung Putins beilegen, deren Entwurf er dem Präsidenten vorlegte und die sowohl Chodorkowskij als auch die Generalstaatsanwaltschaft zu gesichtswahrenden Zugeständnissen bewegen sollte. Zudem sollte Lebedew aus der Haft entlassen werden. Putin aber lehnte es ab, diese Erklärung abzugeben.<sup>44</sup>

Auch andere führende Politiker kritisierten das Vorgehen gegen Lebedew und Chodorkowskij, was zum einen darauf hindeutet, daß es in einem kleinen Führungskreis eronnen worden ist, und zum anderen, daß die *Silowiki* und deren Hilfsorgan Generalstaatsanwaltschaft stärker sind als Regierungschef, Chef der Präsidialverwaltung, Minister und Vorsitzender des Oberhauses.<sup>45</sup>

## Wirtschaftliche Gründe

Der ökonomisch ausschlaggebende Grund für das Vorgehen gegen Chodorkowskij dürfte der Umstand gewesen sein, daß er 1995 die Ölgesellschaft Jukos für nur rund 130 Mio. US-Dollar vom Staat gekauft hat, der sich seinerzeit in finanziellen Schwierigkeiten befand. Diese Summe hatte Chodorkowskij mit seiner Bank Menatep erwirtschaftet. 2002 erzielte Jukos nach internationalem Buchhaltungsstandard bei einem Umsatz von 11,4 Mrd. US-Dollar einen Gewinn von 3,8 Mrd. US-Dollar. Davon wurden 746 Mio. US-Dollar Einkommensteuer gezahlt, 700 Mio. US-Dollar Dividende

<sup>39</sup> Wladimir *Miljutenko*, Zur Jagd auf die Oligarchen wird geblasen, in: *Wostok*, (2003) 4, S. 9.

<sup>40</sup> Chodorkowskij am 29.9.2003 in Berlin in einem Vortrag.

<sup>41</sup> Homepage des russischen Außenministeriums: <<http://www.mid.ru>>.

<sup>42</sup> *Izwestija*, 30.10.2003.

<sup>43</sup> Vgl. dazu Eberhard *Schneider*, *Rossija pozle vyborov* [Rußland nach den Wahlen], in: *Vestnik analitiki* [Analytische Mitteilungen], Moskau, (2004) 2, S. 4–23.

<sup>44</sup> Information aus der Umgebung Woloschins.

<sup>45</sup> Der damalige Premier Michail Kassjanow kritisierte am 8. Juli 2003 die Verhaftung des Chefs der zur Jukos-Holding gehörenden Menatep-Bank, Platon Lebedew, am 30. Juni 2003 vom Krankenbett weg als exzessiv. Am 14. Juli bezeichnete der Vorsitzende des Föderationsrats, Sergej Mironow, diese Verhaftung als gesetzwidrig. Am 17. Juli beruhigte Kassjanow die Unternehmer, daß keine Revision der Privatisierung vorgesehen sei. Am 24. Juli warnte er – wie zuvor Wirtschaftsminister Gref – vor dem Schaden, den das Ansehen Rußlands bei ausländischen Investoren erleiden werde. Die Generalstaatsanwaltschaft antwortete am 28. Juli mit einer deutlichen Kritik am Regierungschef und der Aufforderung, sich nicht in fremde Angelegenheiten einzumischen.

ausgeschüttet und 2,4 Mrd. US-Dollar investiert.<sup>46</sup> Im Jahr 2002 wählten das *Wall Street Journal* und die *Financial Times* Chodorkowskij zum Manager des Jahres.<sup>47</sup> 2003 hatte Jukos – nicht zuletzt dank der Reorganisation des Unternehmens durch Chodorkowskij – einen Wert von 30 Mrd. US-Dollar.<sup>48</sup> Der Jukos-Konzern verfügt über 9,5 Mrd. Barrel nachgewiesene Ölreserven, fördert täglich eine Million Barrel, hat ein Verarbeitungsvolumen von einer halben Million Barrel und weist ein Steigerungstempo der Ölförderung für 2001 von 17% und für 2002 von 20% auf.<sup>49</sup>

Die gegen Chodorkowskij ergriffenen Maßnahmen beruhen auf einer ideologischen Einstellung, die der damalige Innenminister Boris Gyslow, der auch zu den *Silowiki* gehört, am 29. Oktober 2004 folgendermaßen zum Ausdruck brachte: »Die ganzen Bodenressourcen, die es in Rußland gibt, gehören nicht irgendeinem Unternehmen, nicht einer bestimmten Person, sondern den Bürgern Rußlands. Wenn ein Unternehmen diese Ressourcen verwalten darf, so bedeutet das noch nicht, daß es unsere Gewinne privatisieren darf.«<sup>50</sup>

Aus Sicht der *Silowiki* bestand *erstens* die Gefahr, daß sich Jukos als multinationaler Konzern der Kontrolle des Kreml entzieht. In ihren Augen ist die Erdölindustrie ein strategischer Wirtschaftszweig, der im Interesse der ökonomischen Souveränität in russischer Hand bleiben muß.<sup>51</sup> Chodorkowskij dagegen wollte seinen Konzern stärker in die Weltwirtschaft integrieren. So hatte er geplant, 40 bis 50% der Jukos-Aktien für rund 25 Mrd. US-Dollar zu verkaufen.<sup>52</sup>

<sup>46</sup> Vgl. <[http://www.yukos.ru/files/4453/Yukos\\_GAAP\\_2002\\_final.pdf](http://www.yukos.ru/files/4453/Yukos_GAAP_2002_final.pdf)>.

<sup>47</sup> Michael Kröger, Jukos-Affäre, in: Spiegel-Online, 8.7.2004.

<sup>48</sup> Roland Götz, Rußland und seine Unternehmer. Der Fall Chodorkowskij, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2003 (SWP-Aktuell 45/03).

<sup>49</sup> Wladimir Jefimow, Eigentumsstruktur der größten Unternehmen bleibt nach wie vor ein Geheimnis, in: Wostok Newsletter, (2004) 3.

<sup>50</sup> Interfax-Sapad, 29.10.2004.

<sup>51</sup> Angeblich habe Chodorkowskij vorgehabt, den gesamten Konzern an die USA zu verkaufen. Das hätte bedeutet, daß die USA in den Besitz eines großen Teils der russischen Erdölfelder gekommen wären (Alexander Rahr, Der kalte Frieden. Putins Rußland und der Westen, in: Internationale Politik, 59 [März 2004] 3, S. 3–10 [7]).

<sup>52</sup> Baschkatow, Putin, Yukos und die Wahlen in Rußland [wie Fn. 34]. Der damalige Energieminister Igor Jusow begrüßte nach der Verhaftung von Chodorkowskij am 4. November 2003 den Verkauf der Aktien an Exxon. Er werde diese Projekte »auf jede Art und Weise unterstützen«. Er freue

Chodorkowskij betrieb seine eigene Exportpolitik, die mit derjenigen des Kreml kollidierte. So plante er, Öl über den Hafen Murmansk in die USA zu exportieren. Zu diesem Zweck wollte er eine Pipeline vom Tjumen-Ölfeld nach Murmansk verlegen lassen. Die dafür nötigen Mittel in Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar standen bereits zur Verfügung. Die staatliche Pipelinegesellschaft Transneft wandte sich gegen dieses Vorhaben, und Putin verweigerte Jukos die Erlaubnis, die Leitung zu bauen. Der russische Staat wollte weiter von seinem Monopol des Pipelinenetzes profitieren, das Chodorkowskij durchlöchern hätte, wäre sein Projekt realisiert worden. Ferner wollte Chodorkowskij Öl über eine zu bauende Pipeline nach China exportieren, während Putin den Ölexport nach Japan vorzog. Jukos durfte auch die Pipeline nach China nicht bauen. Nun liefert Jukos im laufenden Jahr 2004 8,5 Mio. Tonnen Öl auf dem Schienenweg nach China, was dreimal so teuer ist als der Weg durch die Pipeline.<sup>53</sup>

*Zweitens* braucht der Staat Geld von den Oligarchen, um die Löhne der Staatsbediensteten und Sozialprogramme bezahlen zu können. Zweimal hat Chodorkowskij einen Gesetzentwurf zur Abschöpfung von Ölgewinnen durch großzügige Spenden an sämtliche Oppositionsgruppen zu Fall gebracht.<sup>54</sup> Putin bereitet nun ein neues Gesetz vor, das darauf abzielt, ab 2005 durch eine stärkere preisabhängige und progressive Ausgestaltung der Erdöl-Exportabgaben dem Staat bei Preisen von 24 US-Dollar pro Faß zusätzliche Einnahmen von etwa 900 Mio. US-Dollar und bei 27 US-Dollar pro Faß von 2 Mrd. US-Dollar zu verschaffen.<sup>55</sup>

Führt man sich die Punkte der Anklageschrift gegen Chodorkowskij und Lebedew in der Summe vor Augen (vgl. S. 21), gewinnt man den Eindruck, als wolle Moskau – entgegen der Aussage Putins am 17. Juni 2004, Jukos nicht in den Bankrott treiben zu wollen<sup>56</sup> – den gesamten Jukos-Konzern zerschlagen.

sich über die Verhandlungen von Exxon mit Jukos. »Ich sehe nichts Schlimmes daran, daß wir nicht über diese Verhandlungen informiert wurden.« (Vedomosti, 4.11.2003.) Um das Gesprächsklima mit den USA anzuwärmen, spendierte Chodorkowskij seit 2001 jedes Jahr 50 Mio. US-Dollar für Einrichtungen in den USA, darunter 1 Mio. US-Dollar für die Kongreßbibliothek, 500.000 US-Dollar für die Carnegie-Stiftung und große Summen für neokonservative Institutionen in den USA.

<sup>53</sup> Nezavisimaja gazeta, 29.3.2004.

<sup>54</sup> Insider-Information an den Autor in Moskau, 16.3.2004.

<sup>55</sup> Neue Zürcher Zeitung, 20.3.2004.

<sup>56</sup> Interfax, 17.6.2004. Da weitere Steuernachforderungen für die Jahre 2002 und 2003 zu erwarten sind, dürften sich

Die Zerschlagung von Jukos wäre insofern eine verdeckte Re-Nationalisierung des strategischen Ölsektors.

Allem Anschein nach soll der staatliche Ölkonzern Rosneft den Jukos-Konzern erhalten.<sup>57</sup> Der Vorstandsvorsitzende von Rosneft, Sergej Bogdantschikow, unterhält enge Beziehungen zu Wiktor Iwanow. Ferner war Belkowskij 2003 für Bogdantschikow tätig gewesen. Zudem wählte am 27. Juli 2004 Rosneft Setschin zum Vorsitzenden des Direktorenrats, also des Aufsichtsrats des Konzerns.<sup>58</sup> Damit beaufsichtigt die Präsidialadministration den gesamten Erdöl- und Gasbereich, denn der Leiter der Präsidialadministration Dmitrij Medwedew ist Vorsitzender des Direktorenrats von Gasprom.

die Forderungen insgesamt auf wahrscheinlich 10 Mrd. US-Dollar belaufen (Interfax-Ani, 2.7.2004). Der Einspruch von Jukos gegen die Aufforderung zur Begleichung der Steuerschuld von 2000 wurde vom Wirtschaftsgericht in Moskau am 29. Juni 2004 abgewiesen. Am 30. Oktober 2003 waren 44% der Unternehmensaktien von Jukos im Wert von 15 Mrd. US-Dollar eingefroren worden, am 16. April 2004 das gesamte Firmenvermögen von Jukos (Neue Zürcher Zeitung, 17.4.2004). In der Schweiz waren am 11. März 2004 auf Antrag der russischen Strafverfolgungsbehörden im Fall Jukos 5 Mrd. US-Dollar gesperrt worden (Neue Zürcher Zeitung, 12.3.2004). Der Pressesprecher von Jukos erklärte, daß es sich um Gelder des Pensionsfonds »Veteran Petroleum Trust« für die 40 000 Jukos-Mitarbeiter handele (so der Leiter der Presseabteilung von Jukos, der Chodorkowskij seit über zehn Jahren sehr gut kennt und der mit im Flugzeug in Nowosibirsk saß, in dem Chodorkowskij verhaftet wurde; Aussage gegenüber dem Autor am 11.3.2004 in Moskau). Am 10. Juni 2004 gab das Schweizer Bundesgericht 223 Mio. Jukos-Aktien wieder frei, die zum Zeitpunkt der Blockierung einen Wert von 3 Mrd. US-Dollar hatten, und am nächsten Tag zusätzliche 1,6 Mrd. US-Dollar (Neue Zürcher Zeitung, 15.6.2004).

Da alle Konten von Jukos gesperrt sind, kann der Ölkonzern die kurzfristig geforderte Steuerschuld nicht begleichen, denn er verfügt nur über 1,5 Mrd. US-Dollar an Barmitteln (Handelsblatt, 1.7.2004). Elf Briefe von Jukos an den Premierminister, an das Finanzamt und an die Justizbehörden im Juli 2004, in denen Angebote unterbreitet wurden und um Kontaktaufnahme gebeten wurde, blieben ohne Reaktion (Neue Zürcher Zeitung, 23.7.2004). Der neue Vorsitzende des Direktorenrats, der ehemalige Zentralbankchef Wiktor Geraschtschenko, rief im Juli 2004 unzählige Male in der Regierung und in der Präsidialadministration an und bat um ein Gespräch. Er wurde stets von Sekretärinnen mit dem Hinweis abgespeist, daß ihre Chefs augenblicklich beschäftigt seien (Neue Zürcher Zeitung, 23.7.2004). Wolskij sprach am 21. Juli 2004 im russischen Fernsehen von einem bestellten Bankrott von Jukos (Vedomosti, 30.7.2004).

<sup>57</sup> Es ist auch nicht auszuschließen, daß ehemalige Jukos-Aktien günstig an FSB-Leute weitergereicht werden.

<sup>58</sup> ITAR-TASS, 27.7.2004; Interfax, 27.7.2004.

Rosneft verfügt über genügend Mittel, um die größte Jukos-Tochter Juganskneftegas, die 60% des Jukos-Öls fördert, kaufen zu können. Das Justizministerium hat dieses Tochterunternehmen zwecks Begleichung der Steuerschuld von Jukos Ende Juli 2004 zum Verkauf angeboten. Sollten die Mittel von Rosneft nicht ausreichen, wird die staatliche Außenhandelsbank finanziell sicher gerne aushelfen. Der Kreml plant, Rosneft und Gasprom in einer riesigen Energie-Holding zusammenzuführen.<sup>59</sup>

Selbst wenn es weitere Verfahren gegen andere Oligarchen geben sollte, ist nicht davon auszugehen, daß Putin die Privatisierung insgesamt revidieren will. Ein solcher Schritt würde einen gewaltigen Verlust an Vertrauen der einheimischen und ausländischen Investoren in die Stabilität der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland zur Folge haben, das gerade unter Putin allmählich gewachsen war. Eine Wiederverstaatlichung – und sei es nur der Schlüsselindustrien – würde die russische Wirtschaft insgesamt bedrohen. Putin könnte dann auf keinen Fall das ehrgeizige Ziel der Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts in zehn Jahren erreichen, das er in seiner Botschaft zur Lage der Nation am 16. Mai 2003 dem Land gesetzt hatte.

## Rechtliche Handhabung

Chodorkowskij wurde am 25. Oktober 2003 in Nowosibirsk aus seinem Privatflugzeug auf dem Flug nach Irkutsk, wo er einen Vortrag über die Zivilgesellschaft halten sollte, unter mißbräuchlichem Einsatz der Anti-Terror-Einheit Alfa des FSB verhaftet, weil er einer Zeugenvorladung im Verfahren gegen Platon Lebedew nicht nachgekommen sei. Die zwangsweise Vorführung eines Zeugen ist laut russischen Gesetzen nur dann zulässig, wenn der Zeuge böswillig und vorsätzlich der Vorladung zu einem Verhör nicht nachkommt. Nach Angaben der Anwälte von Chodorkowskij war die Generalstaatsanwaltschaft aber darüber informiert gewesen, daß ihr Klient zum angegebenen Zeitpunkt der Vorladung nicht Folge leisten konnte, weil er sich auf einer Geschäftsreise befand. Die Rechtsanwälte Chodorkowskij's haben mehrmals Beschwerde gegen die gesetzwidrige Verhaftung ihres

<sup>59</sup> Jukos-Shareholder Michail Brudno am 28. Juli 2004 in einem Interview, in: Kommersant-Daily, 28.7.2004.

Mandanten beim Moskauer Stadtgericht eingereicht, die aber stets ohne Reaktion blieb.<sup>60</sup>

Einmal abgesehen davon, daß Chodorkowskij nicht als Verdächtiger verhaftet wurde, trifft auf ihn keiner der Gründe zu, die nach den Bestimmungen des russischen Strafgesetzbuches die Verhaftung eines Angeklagten rechtfertigen:

- wenn er sich dem Gericht entziehen will,
- wenn er auf die Zeugen einzuwirken versucht, um das Verfahren zu stören;
- wenn er Verbrechen begehen will.

Die Generalstaatsanwaltschaft wirft Chodorkowskij und seinem bereits im Juni 2003 verhafteten Mitgesellschafter Lebedew Betrug, Steuerhinterziehung und Veruntreuung vor. Die wichtigsten Anklagepunkte in der 349 Bände umfassenden 100 000seitigen Anklageschrift sind folgende:<sup>61</sup>

- ▶ rechtswidrige Aneignung eines staatlichen Aktienanteils an der Mineräldüngemittelfirma »Apatit« im Jahr 1994;<sup>62</sup>
- ▶ rechtswidrige Gewährung von Steuervergünstigungen an ein Jukos-Tochterunternehmen;
- ▶ Hinterziehung von Einkommensteuer in den Jahren 1998 und 1999 durch die Deklaration von Gewinnen als Honorare für die Beratung ausländischer Firmen;<sup>63</sup>
- ▶ im Jahr 2000 hinterzogene Steuern in Höhe von 3,4 Mrd. US-Dollar,<sup>64</sup> zahlbar bis zum 7. Juli 2004,<sup>65</sup> im

<sup>60</sup> Chodorkowskij's Anwältin Karinna Moskalenko am 25. April 2004 in ihrem Schriftsatz an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof. Die Vizepräsidenten der Russischen Union der Unternehmer und Industriellen, Jewgenij Gontmacher und Igor Jurgens, der dem damaligen Leiter der Präsidentschaftsadministration Aleksandr Woloschin nahestehende Gleb Pawlowskij sowie eine Reihe von Menschenrechtlern, darunter der gesamte Vorstand der Internationalen Gesellschaft Memorial in Moskau, protestierten in einer öffentlichen Erklärung gegen die Verhaftung Chodorkowskij's, die durch die von der Generalstaatsanwaltschaft angeführten Gründe nicht gerechtfertigt sei. Sie drückten ihre »tiefe Beunruhigung« über diesen Vorgang aus und warfen den russischen Staatsanwälten vor, daß sie sich völlig anders verhielten, wenn es sich um Ermittlungen gegen kriminelle »Autoritäten« oder Staatsbeamte handele (Homepage der Heinrich-Böll-Stiftung).

<sup>61</sup> Handelsblatt, 16.6.2004.

<sup>62</sup> Als seinerzeit die Privatisierung der Düngemittelfabrik überprüft worden war, hatte Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow nichts zu beanstanden, was er auch Putin wissen ließ (Handelsblatt, 16.6.2004).

<sup>63</sup> Nach: Götz, Rußland und seine Unternehmer [wie Fn. 48].

<sup>64</sup> F.A.Z.-Institut (Hg.), Länderanalyse Rußland, April 2004, S. 7.

<sup>65</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.7.2004.

Jahr 2001 hinterzogene Steuern in Höhe von 2,8 Mrd. US-Dollar;<sup>66</sup>

- ▶ Urkundenfälschung;<sup>67</sup>
- ▶ in der Anklageerhebung vom 14. Mai 2004 kommt noch der Tatbestand der Bildung einer kriminellen Vereinigung hinzu.<sup>68</sup>

Mehrmals haben Chodorkowskij's Anwälte unter Hinterlegung einer sehr hohen Kautionsanträge auf Haftverschonung eingereicht, aber immer ohne Erfolg. Mitte Oktober 2003 hatte Chodorkowskij in Berlin auf die Frage, ob er nicht fürchte, verhaftet zu werden, fast fatalistisch reagiert. Obwohl er mit seiner Verhaftung rechnete, kehrte er nach Rußland zurück. Das Angebot des Kreml, daß er freiwillig eine Milliarde US-Dollar Steuerschulden zahlen, seine Firma abgeben, auf politische Ämter verzichten und ins Ausland gehen solle, lehnte er ab.<sup>69</sup>

Es zeigt sich im Fall Chodorkowskij, daß die Justiz in Rußland offenkundig gelenkt wird, und dies ungeachtet der Tatsache, daß Putin nach Lenin und Gorbatschow der dritte Jurist an der Spitze des sowjetischen/russischen Staates ist und in den vergangenen beiden Jahren eine Justizreform durchgeführt hat. Es sind in Moskau Fälle bekannt geworden, wo Richter unter Vorwänden aus ihrem Amt entfernt wurden, weil sie nicht im von der Staatsanwaltschaft gewünschten Sinne Recht gesprochen haben. Eine Umfrage der angesehenen Stiftung öffentliche Meinung vom Februar und Juli 2003 ergab, daß 56% der befragten Russen kein Vertrauen zu ihren Richtern haben, 47% sind der Meinung, daß die Gerichte ihre Rechte nicht schützen, und 47% haben kein Vertrauen zur Generalstaatsanwaltschaft.<sup>70</sup>

<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> Neue Zürcher Zeitung, 17.6.2004.

<sup>68</sup> Neue Zürcher Zeitung, 15.5.2004; Handelsblatt, 16.6.2004. Der Stellvertretende Generalstaatsanwalt Wladimir Kolesnikow hatte am 13. November 2003 sein Bedauern darüber geäußert, daß man Chodorkowskij wegen Steuerhinterziehung nur zu höchstens zehn Jahren verurteilen könne (Izvestija, 13.11.2003). Wenn das Gericht dem zusätzlichen Anklagepunkt der Bildung einer kriminellen Vereinigung folgt, kann es ihn zu mehr als zehn Jahren Haft verurteilen.

<sup>69</sup> Aussage des Leiters der Presseabteilung von Jukos gegenüber dem Autor am 11.3.2004 in Moskau.

<sup>70</sup> The Wall Street Journal, 5.8.2004.

## Chodorkowskij's Selbstkritik

Am 29. März 2004 veröffentlichte Chodorkowskij eine selbstkritische Schrift unter dem Titel »Krise des Liberalismus in Rußland«. <sup>71</sup> Mit der Krise meint er das schlechte Abschneiden der liberalen Parteien »Jabloko« und der »Union rechter Kräfte« bei der Staatsdumawahl am 7. Dezember 2003, bei der sie an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert waren. Der russische Liberalismus, so Chodorkowskij, habe eine Niederlage erlitten, weil er versucht habe, »wichtige nationale und historische Besonderheiten Rußlands wie auch die lebenswichtigen Interessen der überwiegenden Mehrheit des russischen Volkes zu ignorieren – und weil er tödliche Angst hatte, die Wahrheit zu sagen«. Die Krise des Liberalismus liege nicht in den Idealen der Freiheit begründet, sondern in den Menschen. »Diejenigen, die durch das Schicksal und die Geschichte zu Verteidigern der liberalen Werte in unserem Land geworden sind, haben versagt.«

Chodorkowskij ruft dazu auf, eine neue Strategie der Zusammenarbeit mit dem Staat zu entwickeln. Es sei an der Zeit, sich zu fragen: »Was hast Du für Rußland getan?« Die Wahrheit müsse in Rußland und nicht im Westen gesucht werden. Mit den »sinnlosen Versuchen«, die Legitimität des Präsidenten in Frage zu stellen, müsse aufgehört werden. »Ganz unabhängig davon, ob Putin uns gefällt oder nicht, ist es Zeit zu begreifen, daß er das Staatsoberhaupt ist, und nicht einfach nur eine natürliche Person.« Der Präsident sei eine Institution, die den Bestand des Landes garantiere.

Die Privatisierung müsse legitimiert werden. Es gelte zu akzeptieren, daß 90% der Bevölkerung die Privatisierung als ungerecht empfänden und deren Nutznießer nicht als rechtmäßige Eigentümer betrachteten. Deshalb sollten die Großunternehmen dazu gezwungen werden, mit dem Volk zu teilen.

Chodorkowskij's Selbstkritik ist nicht ein Einknicken vor Putin und auch nicht der erste Schritt zu einem Arrangement mit dem Kreml, sondern das Resultat des Nachdenkens Chodorkowskij's im Gefängnis und vielleicht auch der Versuch, mehr Verständnis bei der russischen Bevölkerung zu finden, um jetzt als politischer Gefangener eine spätere politische Karriere vorzubereiten. <sup>72</sup> Das Dokument ist auch keine Erpressung oder gar eine Fälschung, wie manche russischen

Zeitungen meinten. Chodorkowskij hatte es seinen Anwälten in einzelnen Teilen diktieren lassen, die sie nach dem Verlassen des Gefängnisses zusammengefügt haben. In einem Brief vom 13. April 2004 bestätigte Chodorkowskij, <sup>73</sup> daß dieses Dokument von ihm sei. Er bat die Öffentlichkeit, nicht zu vergessen, daß der Text unter Haftbedingungen verfaßt wurde. Daraus leite er sein moralisches Recht ab, offen und öffentlich zu sagen, worüber er früher nur mit seinen Kollegen gesprochen habe. Er räumt für sich und seinesgleichen ein, daß sie viele Fehler gemacht haben, »aus Dummheit, unserer Ambitionen wegen oder weil wir nicht verstanden haben, was im Land mit seinen schwierigen sozialen und regionalen Besonderheiten« passiert. »Vergebt uns, wenn ihr könnt, und laßt uns den Schaden wiedergutmachen, weil wir wissen, wie.«

Daß es in Rußland nur eine einzige vom Volk anerkannte Institution der Staatsmacht gibt, nämlich den Präsidenten, sei »in vielem das Ergebnis unserer Fehler.« Dennoch »müssen wir in der Lage sein, uns mit ihm zu einigen«. Er fährt fort: »Das bedeutet nicht die Absage an Kritik oder, noch viel weniger, an den Aufbau von Strukturen der Zivilgesellschaft. Das bedeutet, daß wir uns unserer Verantwortung für die Erhaltung der Stabilität im Lande bewußt sind, die unter so großen Schwierigkeiten erreicht worden und die historisch und politisch längst noch nicht garantiert ist.«

Nach Chodorkowskij wäre es ein Fehler, die Aufgabe, zivilgesellschaftliche Strukturen und demokratische Institutionen zu entwickeln, als Gegensatz zu der Aufgabe anzusehen, Stabilität und Konsens zu erreichen sowie zu erhalten. Beide Aufgaben stünden zwar gewissermaßen in Konflikt zueinander, unterstützten sich aber auch gegenseitig. Wichtig sei es, zwischen ihnen eine Balance zu erreichen.

<sup>71</sup> Vedomosti, 29.3.2004.

<sup>72</sup> So die Journalistin Julija Latynina in: Novaja gazeta, 8.4.2004; vgl. auch Neue Zürcher Zeitung, 27.4.2004.

<sup>73</sup> Homepage der Heinrich-Böll-Stiftung.

## Wie weiter?

### Beurteilung

Die Steuerzahlungspraxis von Jukos konnte nicht der eigentliche Anlaß zu dem rigorosen Vorgehen der Steuerbehörden und der Generalstaatsanwaltschaft sein. Denn sie unterschied sich nicht wesentlich von jener vergleichbarer Oligarchenkonzerne. Bei der Abschöpfung der Erdölgewinne durch den Staat liegt zwar Rußland mit 50% hinter Norwegen (80%) und den Vereinigten Emiraten (90%) zurück, aber das ist nicht Jukos anzulasten, sondern der russischen Steuergesetzgebung,<sup>74</sup> wenn Chodorkowskij sich auch bemüht haben dürfte, eine für ihn ungünstige Revision der Steuergesetzgebung zu verhindern. Bei der Generalstaatsanwaltschaft wurden im Jahr 2003 insgesamt 3000 Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet.<sup>75</sup> Insofern ist es eine politische Frage, wann welches Material gegen wen in welchem Ausmaß eingesetzt wird. Selbst Wirtschaftsminister German Gref räumte am 21. Juni 2004 in Moskau ein, daß es für das Vorgehen gegen Chodorkowskij politische Gründe gebe, die allerdings nicht die dominierenden seien.<sup>76</sup>

Offenkundig wurde am Vorgehen gegen Chodorkowskij das Bestreben des Kreml, jede Politik zu verhindern, die gegen Putin opponiert. Der Präsident ist von Personen umgeben, die nach den Jelzin-Jahren, in denen Demokratie nicht selten mit Chaos verwechselt wurde, einen starken Staat wollen, den sie sich aber nur durch Einschränkung von Demokratie vorstellen können. Sie vermögen nicht zu verstehen, daß ein starker Staat nicht in Widerspruch zu Demokratie steht.

Die *Silowiki* dulden, wie der Fall Chodorkowskij/Jukos zeigt, keine ausländischen Gesellschaften im strategischen Energiebereich. Die Fusion der russischen Ölgesellschaft TNK mit BP im Jahr 2003 war eine Ausnahme. Putin bestätigte am 4. August 2004 eine Liste von 1063 strategisch bedeutsamen Unternehmen, die ganz oder teilweise unter staatlicher

Kontrolle bleiben müssen.<sup>77</sup> Dazu gehören neben Rüstungsbetrieben Erdöl- und Gasgesellschaften, Stromversorgungsunternehmen, Fluggesellschaften sowie Flug- und Seehäfen. Vollständige oder Teilprivatisierungen sind nur noch auf der Grundlage eines Präsidentendekrets möglich.<sup>78</sup> Im Falle Jukos geht man sogar einen Schritt weiter: Ein bereits privatisiertes Unternehmen wird in den Staatsbesitz zurücküberführt.

Nicht zuletzt wollte Putin mit dem Vorgehen gegen Chodorkowskij/Jukos deutlich machen, daß *er* die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Rußland steuert. Zudem nutzte die Regierung die Möglichkeit, ihr Versagen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verschleiern, indem sie Chodorkowskij kriminalisierte.

Selbst wenn es begründete Vorwürfe gegen Chodorkowskij und Jukos geben sollte, ist die Art des Vorgehens nicht zu rechtfertigen. Sie wirft ein bezeichnendes Licht auf die an westlichen Standards gemessen unzureichend entwickelte Rechtskultur in Rußland.

### Vergebliche Kompromißvorschläge

Mehrere Führer von Wirtschaftsverbänden bzw. -kammern haben im Konfliktfall Kreml-Chodorkowskij/Jukos zu vermitteln versucht. Als Reaktion auf die Verhaftung Chodorkowskij's rief beispielsweise der ehemalige Premier und jetzige Präsident der russischen Industrie- und Handelskammer, Jewgenij Primakow, im Herbst 2003 zur Versöhnung von Staat und Oligarchen auf. Der Staat solle auf jede Revision der Privatisierung verzichten, dafür sollten die Oligarchen freiwillig einen größeren Betrag an die Staatskasse abführen. Und im Fall ausländischer Übernahmen sollte sichergestellt werden, daß das Geld nicht ins Ausland fließt, sondern in die russische Wirtschaft investiert wird.<sup>79</sup>

<sup>74</sup> Gernot Erler, Der Fall Chodorkowskij. Zur Tomographie eines politischen Konflikts, in: Gorzka/Schulze, Putins Rußland [wie Fn. 30] (Vorabdruck).

<sup>75</sup> Baschkatow, Putin, Yukos und die Wahlen in Rußland [wie Fn. 34].

<sup>76</sup> RFE/RL Newline, 8 (22.6.2004) 117, Part I.

<sup>77</sup> <<http://www.kremlin.ru/text/docs/2004/08/75174.shtml>>.

<sup>78</sup> Vgl. dazu Katja Tichomirowa, Putin: Privatisierung wird Chefsache, in: Berliner Zeitung, 11.8.2004.

<sup>79</sup> Argumenty i fakty, (2003) 43.



Der Vorsitzende der Russischen Union der Industriellen und Unternehmer, Arkadij Wolskij, schlug vor, auf unrechtmäßig erworbenes Vermögen eine Sondersteuer zu erheben. Die dadurch erzielten Einnahmen sollten zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Erfolgreiche Wirtschaftsführer wegen Privatisierungsvergehen ins Gefängnis zu werfen oder ihre Unternehmen zu berauben sei keine Lösung.<sup>80</sup> Als die Unternehmerunion im November 2003 Putin um eine Unterredung bat, lehnte der Präsident ab. Schließlich erklärte er sich am 1. Juli 2004 nach mehrmaliger Verschiebung doch noch zu einem Gespräch bereit, bei dem die Unternehmer ausgesprochen zahm auftraten. Zu einem Ergebnis führte das Gespräch indes nicht.

## Folgen

Die Verhaftung Chodorkowskij hat die russischen Unternehmer eingeschüchtert. Das Vertrauen in die politische Stabilität und in die rechtlichen Regelungen, das unter Putin allmählich gewachsen war, hat gelitten. Im ersten halben Jahr 2004 haben 17,2 Mrd. US-Dollar russisches Kapital das Land verlassen. Zum ersten Mal seit dem Jahr 2000 ist damit die Kapitalflucht wieder angestiegen.<sup>81</sup>

Es fehlen Gesetze, die den Wettbewerb regeln, und eine Antimonopolbehörde mit entsprechenden Kompetenzen. Wenn nicht einmal Ansätze zu erkennen sind, beides zu schaffen, drängt sich die Frage auf, ob dieser unregelmäßige Zustand vielleicht gewollt ist als eine Art Schlinge, die um den Hals eines jeden unpatriotischen Unternehmers liegt und nach Belieben gezogen werden kann. Um sich vor staatlichen Eingriffen zu schützen, empfiehlt es sich unter Putin, in den Aufsichtsrat Mitarbeiter der Präsidialadministration aufzunehmen.<sup>82</sup>

Um die Oligarchen politisch zu disziplinieren und sie in Zukunft geneigt zu machen, den Bitten führender FSB-Leute nach preisgünstigen Aktien ihrer Firmen zu entsprechen, genügt fortan der Hinweis auf den Fall Chodorkowskij/Jukos. Die Oligarchen wissen jetzt, daß Putin es bitterernst meint, wenn er von ihnen fordert, sich kremlkritischer politischer Betäti-

gung zu enthalten. In Moskau spricht man inzwischen davon, daß die Oligarchen heutzutage auf den Knien in den Kreml rutschen müssen, wenn sie dort etwas erreichen wollen.<sup>83</sup>

Eine ökonomische Folge des Vorgehens gegen Jukos ist ein Ansteigen des Rohölpreises auf 41 US-Dollar pro Faß (6.8.2004). Das erfreut den Erdölexporteur Rußland, der seinen föderalen Haushalt zu rund einem Viertel mit den Steuerzahlungen aus dem Erdöl- und Gasexport – die Gaspreise sind zu den Ölpreisen komplementär – finanziert.

## Nur ein Einzelfall?

Die Investoren fragen sich nach Aussage des Rußland-Chefökonom der Weltbank in Moskau, Christof Rühl, »ob das Jukos-Verfahren ein isolierter Einzelfall ist oder eine Systemfrage«.<sup>84</sup> Am 17. April 2004 kündigte der Vorsitzende des Rechnungshofs, Sergej Stepaschin,<sup>85</sup> auf einer Moskauer Konferenz zum »Thema Staat – Oligarchen« an, daß der Rechnungshof die Ergebnisse der Privatisierung der neunziger Jahre neu überprüfen werde. Bereits jetzt sei klar, daß das Volksvermögen viel zu billig veräußert worden sei. Für die Privatisierung von 145 000 Unternehmen habe die Staatskasse in den letzten zehn Jahren nur 9,7 Mrd. US-Dollar erhalten. Das entspreche in etwa der Summe, die die Russen jährlich auf ihren Auslandsreisen ausgaben. Die Besitzverhältnisse der privatisierten Unternehmen seien oft mehrfach geändert worden, weswegen es unmöglich sei, sämtliche Privatisierungsverfahren neu aufzurollen. Es gehe nicht um die Enteignung von Vermögen. Doch bei speziellen Unternehmen, bei denen eklatante Verstöße gegen die Privatisierungsvorschriften bekannt geworden und von der Staatsanwaltschaft dokumentiert worden seien, könnten die staatlichen Organe in nächster Zeit auf diese Option zurückkommen.<sup>86</sup>

<sup>83</sup> Chefredakteur der von Chodorkowskij gekauften Wochenzeitung *Moskowskije Nowosti*, Jewgenij Kisseljow, am 19. Dezember 2004 in seinem Vortrag in Berlin.

<sup>84</sup> Handelsblatt, 1.7.2004.

<sup>85</sup> Stepaschin war als Amtsvorgänger von Putin als FSB-Chef und dann als Premierminister eigentlich für die Jelzin-Nachfolge vorgesehen gewesen, fiel aber aus verschiedenen innenpolitischen Gründen bei der Jelzin-Familie in Ungnade, nicht zuletzt weil er Anfang August 1999 vor einem neuen Tschechenien-Krieg gewarnt hatte.

<sup>86</sup> *Nezawisimaja gazeta*, 19.4.2004; Neue Zürcher Zeitung, 19.4.2004.

<sup>80</sup> Neue Zürcher Zeitung, 19.4.2004.

<sup>81</sup> *Vedomosti*, 23.7.2004.

<sup>82</sup> So geschehen bei der Alfa- und der MDM-Bank, die als einzige holdingbildende Banken keinen direkten Angriffen von seiten des Staates ausgesetzt sind (Heiko Pleines, Aufstieg und Fall: Oligarchen in Rußland, in: *Osteuropa*, 54 [März 2004] 3, S. 71–81 [79]).

In einem Interview mit der Londoner *Times*<sup>87</sup> stellte Stepaschin drei Kriterien auf, die Oligarchen erfüllen müssen, wenn sie von der Staatsmacht in Ruhe gelassen werden wollen. Sie müssten

- ▶ alle vom Staat geforderten Steuern zahlen,
- ▶ zusätzlich großzügig Sozialmaßnahmen und Sozialprogramme finanzieren und sich
- ▶ politisch still verhalten oder sich im Sinne Putins betätigen.

Am 21. Mai 2004 rügte der russische Rechnungshof den Oligarchen und Gouverneur des Alaska gegenüber liegenden Autonomen Bezirks der Tschuktschen, Abramowitsch, wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten. In Frage stand ein Betrag von umgerechnet 50 Mio. Euro. In seiner Region seien 22 Firmen registriert, die dort gar nicht tätig wären.<sup>88</sup> Abramowitsch, der zur Jelzin-Familie gehört, war es gelungen, als Gouverneur in ein durch Wahl legitimiertes regionales Spitzenamt zu gelangen. Aus diesem Amt kann ihn Putin nicht entfernen, es sei denn, daß die Generalstaatsanwaltschaft Abramowitsch schwere Straftaten nachweist.<sup>89</sup>

## Putins geschwächte Macht

Präsident Putin, der das Vorgehen gegen Chodorkowskij politisch zu verantworten hat, ist offensichtlich nicht mehr in der Lage, das Mobile der fünf Machtgruppen auszubalancieren. Das Vorgehen gegen Chodorkowskij und dessen Konzern, das vom FSB initiiert wurde, ist ein weiteres Indiz für den wachsenden Einfluß der *Silowiki*, insbesondere des Föderalen Sicherheitsdienstes, dem sich Putin als ihr ehemaliger Chef mehr und mehr fügt. Diese Tendenz paßt zu den jüngsten administrativen Maßnahmen Putins, die den FSB entscheidend stärken: Im März 2003 waren dem FSB die 210 000 Mann starken Grenztruppen und die 50 000 im elektronischen Spionagedienst der Föderalen Agentur für regierungsamtliche Kommunikation und Information (FAPSI) tätigen Personen zugeschlagen worden. Nun soll ihm auch noch der Auslandsnachrichtendienst SWR eingegliedert werden, für den sich der FSB bereits im vergangenen Jahr interessiert hatte. Damit hätte der FSB wieder alle Zuständigkeiten des ehemaligen KGB,

aus dem Jelzin erst 1993 die einzelnen Dienste ausgegliedert hatte.

Im Jahr 2008 finden die nächsten ordnungsgemäßen Präsidentschaftswahlen statt. Der FSB baut im Hinblick darauf offenbar im Wege des von ihm initiierten und gesteuerten Vorgehens gegen Chodorkowskij und Jukos seine Machtposition – auch ökonomisch – so aus, daß er einen Putin-Nachfolgekandidaten bestimmen kann, der den mit ihnen verbundenen Leuten den Erhalt ihrer Spitzenpositionen und ihres Einflusses garantiert. Putin selbst darf laut Verfassungsartikel 81 Absatz 3 nicht wieder für das Präsidentenamt kandidieren, weil nur zwei Kandidaturen in Folge zugelassen sind.

Würde Putin eine dritte Amtszeit anstreben, wäre eine Verfassungsänderung erforderlich, für die eine Zwei-Drittel-Mehrheit aller Staatsdumaabgeordneten zustande kommen müßte, die Putin immerhin in der am 7. Dezember 2003 gewählten neuen Parlamentskammer besitzt. Außerdem müßten drei Viertel der Föderationsratsmitglieder und zwei Drittel der gesetzgebenden Organe der Föderationssubjekte zustimmen. Diese Mehrheiten wären erreichbar, auf der regionalen Ebene allerdings nicht ohne weiteres.

Putin hat sich in den letzten Monaten mehrmals öffentlich kategorisch gegen eine solche Verfassungsänderung ausgesprochen. Russische Politikwissenschaftler, die Putin durchaus kritisch gegenüberstehen, glauben ihm demnach, daß er keine dritte Amtszeit anstrebt. Er fühle die Last des Präsidentenamtes. Seine Haltung kann sich allerdings Ende 2007, Anfang 2008 ändern, wenn das Wirtschaftswachstum zurückgeht, das hauptsächlich vom hohen Erdölpreis abhängt, oder wenn die *Silowiki* keinen geeigneten Nachfolger für Putin finden.

## Marktwirtschaft in einem autoritären System?

Der Umgang mit Chodorkowskij/Jukos ist zugleich ein Indiz für die Zunahme autoritärer Tendenzen in Rußland. Weitere Indizien sind die Wahlen zur Staatsduma am 7. Dezember 2003 und für das Präsidentenamt am 14. März 2004, die von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als »free but not fair« beurteilt wurden, das Fehlen einer starken Opposition in der Staatsduma, was nicht allein Putin angelastet werden kann, sowie die in den letzten Jahren zu beobachtende fortschreitende Be-

<sup>87</sup> The Times, 19.4.2004; Nezavisimaja gazeta, 21.4.2004.

<sup>88</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.5.2004.

<sup>89</sup> Vgl. dazu Schneider, Das innenpolitische »System« Putins [wie Fn. 12], S. 20.

schränkung der Meinungsfreiheit in den landesweit zu empfangenden Fernsehprogrammen.

In Moskau gewinnen Vorstellungen mehr und mehr an Boden, die die weitere wirtschaftliche Transformation von der politischen Transformation abgekoppelt sehen wollen. Als Vorbilder werden Chile unter Pinochet, Südkorea und China genannt. In Rußland, so wird argumentiert, müßten einschneidende soziale Reformen durchgeführt werden, die zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung gingen. Daher seien sie nur unter autoritärem Druck zu realisieren.

### Wie sollen sich deutsche Wirtschaft und Politik verhalten?

Das Vorgehen gegen Chodorkowskij/Jukos hat die ausländischen Investoren vorsichtiger werden lassen. Wenn deutsche Firmen im Rahmen von Großprojekten in den strategischen Bereichen Öl, Gas und Metall in Rußland investieren wollen, empfiehlt es sich für sie, zuvor das Plazet Putins einzuholen. Es wäre auch vorteilhaft, wenn mit russischen Firmen zusammengearbeitet würde, von denen der Staat Aktien hält oder in denen der Staat zumindest mit einer Amtsperson im Direktorenrat vertreten ist.

Die Bundesregierung steht vor dem Problem, daß jede kritische Nachfrage im Fall Chodorkowskij/Jukos vom Kreml als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückgewiesen werden dürfte. Es hat keinen Sinn, Druck auszuüben, denn damit würde nur das Gegenteil erreicht. Zudem fehlen der Bundesregierung die geeigneten Instrumente. Sie kann lediglich der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Prozeß gegen Chodorkowskij vor einem wirklich unabhängigen Gericht geführt wird und dabei die Bestimmungen sowohl der russischen Strafprozeßordnung und des russischen Strafgesetzbuches wie auch der europäischen Menschenrechtscharta – Rußland ist Mitglied des Europarats – strikt eingehalten bzw. beachtet werden. Zudem sollte der Prozeß öffentlich sein und es sollten internationale Beobachter zugelassen werden.

Sinnvoller als Druck sind Anreize. Dafür eignet sich das auf dem EU–Rußland-Gipfel in St. Petersburg am 31. August 2003 beschlossene EU-Konzept der vier sogenannten Gemeinsamen Räume Wirtschaft, innere Sicherheit, äußere Sicherheit sowie Forschung/Bildung/Kultur. Die EU ist im Begriff, für November die Gespräche mit Rußland über die Umsetzung dieses Konzepts vorzubereiten, woran Moskau sehr gelegen

ist. In der Gemeinsamen Erklärung, die zum Abschluß des 12. EU–Rußland-Gipfels am 6. November 2003 in Rom verabschiedet worden war, hatten beide Seiten bekräftigt, daß sie ihre strategische Partnerschaft auf der Basis gemeinsamer Werte weiter ausbauen wollen. Um welche Werte es dabei vorrangig geht, hat der Europäische Rat auf seiner Tagung am 12./13. Dezember 2003 in den Schlußfolgerungen konkretisiert: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie freie Marktwirtschaft.<sup>90</sup> Der Kreml sollte auf den inneren Zusammenhang von rechtsstaatlicher Ordnung sowie politischem und Meinungspluralismus mit dem Aufbau einer freien Marktwirtschaft aufmerksam gemacht und nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Konkretisierung und mögliche Weiterentwicklung des Konzepts der vier Gemeinsamen Räume nicht losgelöst von der Einhaltung der gemeinsamen Werte erfolgen kann.

Größere Spielräume dagegen bestehen auf der Ebene des Bundestags, des Europäischen Parlaments, der Landtage und der Parlamentarischen Versammlungen des Europarats, der Nato sowie der OSZE, weil sie in ihrem Verhalten weniger Zwängen unterworfen sind als die Bundesregierung. Die Abgeordneten können in den Gesprächen mit ihren russischen Parlamentskollegen – vor allem von der »Partei der Macht« »Einiges Rußland« – und in Interviews deutlicher werden und zum Beispiel vor dem Irrweg warnen, den weiteren Ausbau der Marktwirtschaft in einem weniger demokratischen System mit autoritären Zügen betreiben zu wollen. Bei allen Vorhaltungen sollten sie allerdings nicht schulmeisterlich und belehrend auftreten, sondern den Begriff der Modernisierung, die Rußland mit Hilfe der EU erreichen will, in den Mittelpunkt stellen.<sup>91</sup> Modernisierung wird aber nur gelingen, wenn sie mit weiterer Demokratisierung Hand in Hand geht. Deren Zurückdrängung hätte die gegenteilige Wirkung.

Die Abgeordneten können betonen, daß ein autoritäres Rußland weniger Chancen hat, sich in den europäisch-atlantischen Dialog zu integrieren, als ein demokratisches. Denn mit der Zulassung und Forcierung

<sup>90</sup> Vgl. dazu Christian Meier, Nach der Dumawahl. Zur Gestaltung der Partnerschaft EU–Rußland, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2003 (SWP-Aktuell 54/03).

<sup>91</sup> Vgl. dazu Heinz Timmermann, Aktuelle und historische Voraussetzungen für eine Partnerschaft Rußland–Europäische Union, in: Rußland vor den Duma- und Präsidentschaftswahlen und die Konsequenzen für das Verhältnis zur Europäischen Union, Berlin 2003, S. 57.

Die Entwicklung autoritärer Tendenzen besteht die Gefahr, daß diese Tendenzen eine Eigendynamik entfalten. Wer will dann wann anhand welcher Kriterien feststellen, daß die Zeit des Autoritarismus vorbei ist und daß wieder zur Demokratie zurückgekehrt werden kann? Wer will die autoritären Tendenzen dann noch abbremsen, wenn sie sich in Richtung Diktatur bewegen und es kein demokratisches Korrektiv mehr gibt? Nicht zuletzt dürfte ein autoritäres Regime der Versuchung imperialer Außenpolitik zum Beispiel gegenüber den GUS-Staaten eher erliegen als eine demokratische Regierung.



Anhang

## Übersicht 1

## Liste der wichtigsten russischen Oligarchen

Name	Geburts- jahr	Hochschul- abschluß	Tätigkeit 1991	Vermögen (Mrd. \$)	Rating	Heutige Firma	Bekanntgewordener Aktienbesitz
Chodorkowskij, Michail	1963	Chemie- Technologe	General direktor von Menatep (Kredit-Finanz-Unter- nehmen)	15,0	2,68	Erdölkonzern Jukos (Vorstandsvorsitzender bis zu seinem Rücktritt am 3.11.2003)	44% Jukos* 9,5% Group Menatep, die wieder- um 61% der Jukos-Aktien hält
Abramowitsch, Roman	1966	Jurist	Vorsitzender einer Kooperative	10,6	4,20	Erdölfirma Sibneft (Vorstandsvorsitzender bis zur Gou- verneurswahl; seit 24.12.2000 Gouverneur des Autonomen Kreises der Tschuktschen)	80% Sibneft, 50% Russkij aluminium, 26% Aeroflot (bis Ende 2003)
Fridman, Michail	1964	Ingenieur	Gründer der Alfa-Bank	5,6	4,08	Holding Alfa-Grupp (Vorstandsvorsitzender), TNK-BP (Aufsichtsratsvorsitzender)	Mitbesitzer von TNK Industrial Holdings Ltd., TNK International Ltd. (Virgin Islands), Sborgare (Zypern) und über diese der Ölfirmen Sidnako und TNK-BP
Potandin, Wladimir	1961	Ökonom	Präsident der Außen- handelsorganisation Interros	4,9	3,97	Holding Interros (Präsident, 1996–97 Vizepremier)	Mehr als 25% der Aktien von Norilskij nikel'
Prochorow, Michail	1965	Ökonom	Leiter einer Verwaltung der Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusam- menarbeit	4,8	2,91	Norilskij nikel' (Teil der Interros-Holding) (Vorstandsvorsitzender)	Mehr als 25% der Aktien von Norilskij nikel'
Mordaschow, Aleksej	1965	Wirtschafts- ingenieur	Leiter des Büros für Wirt- schaft und Arbeits- organisation eines Metal- lurgiekombinats	3,5	2,33	Stahlfirma Severstal' (Aufsichtsratsvorsitzender)	
Deripaska, Oleg	1968	Physiker	Finanzdirektor der »Militärischen Investitions- und Handelsgesellschaft«	3,3	3,58	Aluminiumkonzern Bazovjj élement früher Sibirskij aljuminij (Präsident), Russkij aljuminij (Vorstandsvorsitzender)	

\* Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.6.2004.

Name	Geburts- jahr	Hochschul- abschluß	Tätigkeit 1991	Vermögen (Mrd. \$)	Rating	Heutige Firma	Bekanntgewordener Aktienbesitz
Wechselberg, Wiktor	1957	Ingenieur für Automa- tisierung und Rechen- technik	Stellvertretender General- direktor der russisch- amerikanischen Firma Renova	3,3	3,16	Holding Sual (Generaldirektor), Ölfirma TNK-BP (Vorstandsmitglied), Renova (Vorstandsvorsitzender), Sibirisch-Urale Aluminium- gesellschaft (Generaldirektor)	
Alekperow, Wagit	1950	Bergbau- ingenieur	Stellvertretender Minister der UdSSR für Erdöl- und Gasindustrie	2,7	3,81	Erdölkonzern LUKoil (Präsident)	10,38% der LUKoil-Aktien
Schwidler, Jewgenij	1964	Chemie- ingenieur	Tätigkeit in einer Rechtsanwaltskanzlei	1,1	3,14	Erdölfirma Sibneft (Präsident)	
Bogdanow, Wladimir	1951	Ingenieur	Aufsichtsratsvorsitzender der Surgutneftegas-Bank	1,7	3,14	Erdölfirma Surgutneftegas (Aufsichtsratsvorsitzender)	
Jewtuschenkow, Wladimir	1948	Ingenieur- Technologe	Vorsitzender der AG »Moskauer Stadtkomitee für Wissenschaft und Technik«	1,5	3,75	Finanzholding Sistema (Vorstandsvorsitzender)	76% der Aktien von Sistema
Chan, German	1961	Ingenieur	Abteilungsleiter der sowjetisch-schweizerischen Firma »Alfa-Eko«	1,4	3,02	TNK-BP (Erster Vizepräsident)	

Anmerkung: Nicht in die Übersicht aufgenommen wurden diejenigen Milliardäre, die nicht in der Liste der 50 einflußreichsten Unternehmer verzeichnet sind (zu ihnen vgl. Übersicht 2 auf S. 32).

Quelle: Biographische Angaben nach *Panorama* (Hg.), Datenbank Labirint. Moskau fortlaufend.



## Übersicht 2

**Milliardäre, die nicht in der Liste der 50 einflußreichsten Unternehmer verzeichnet sind\***  
(in Klammern ist jeweils das aktuelle Vermögen angegeben)

- Lisin, Wladimir** (3,8 Mrd. US-Dollar), Präsident des Konsortiums »Russkaja stal'«
- Newslin, Leonid** (2,0 Mrd. US-Dollar), bis Herbst 2003 Rektor der Russischen Geisteswissenschaftlichen Universität in Moskau; dann wurde er vom Kreml aus dieser Position gedrängt; ehemaliger Senator für die Republik Mordwinien und ehemaliger Erster Stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Jukos-Moskau, besitzt 8% der Aktien der Menatep-Gruppe, die wiederum 61% der Aktien von Jukos hält
- Brudno, Michail** (1,8 Mrd. US-Dollar), Vorstandsmitglied von Jukos-Moskau, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied von Jukos-RM, Vorstandsvorsitzender der Düngemittelfirma »Apatit«, Vorstandsmitglied von Rosprom, besitzt 7% der Aktien der Menatep-Gruppe
- Dubow, Wladimir** (1,8 Mrd. US-Dollar), bis 2003 Staatsdumaabgeordneter, ehemaliger Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Menatep-Bank, besitzt 7% der Aktien der Menatep-Gruppe
- Lebedew, Platon** (1,8 Mrd. US-Dollar), Vorstandsvorsitzender der Menatep-Gruppe
- Schachnowskij, Wassilij** (1,8 Mrd. US-Dollar), bis zu seinem vom Kreml erzwungenen Verzicht Senator des Föderationsrats für den Autonomen Bezirk der Ewenken und ehemaliger Präsident von Jukos-Moskau, besitzt 7% der Aktien der Menatep-Gruppe
- Fedun, Leonid** (1,3 Mrd. US-Dollar), Vizepräsident des Ölkonzerns LUKoil
- Zwetkow, Nikolaj** (1,3 Mrd. US-Dollar), Vorstandsvorsitzender der AwtoBank und Präsident der Investitionsbankgruppe Nikoil
- Wjachirew, Wiktor** (1,2 Mrd. US-Dollar), ehemaliger Vorstandsvorsitzender von Gasprom
- Scheremet, Wjatscheslaw** (1,2 Mrd. US-Dollar), ehemaliger Erster Stellvertretender Vorstandschef von Gasprom
- Melnitschenko, Andrej** (1,1 Mrd. US-Dollar), Vorstandsvorsitzender der MDM-Bank
- Popow, Sergej** (1,1 Mrd. US-Dollar), Vorstandsvorsitzender der MDM-Gruppe
- Abramow, Aleksandr** (1,0 Mrd. US-Dollar), Präsident der Holding Eurasia

\* Einige dieser Milliardäre gehören zur Jukos-Gruppe, teilweise über Menatep.

## Abkürzungen

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BP	British Petroleum
FAPSI	Federal'noe agentstvo pravitel'stvennoj svjazi i informacii (Föderale Agentur für regierungsamtliche Kommunikation und Information)
FIG	Finanz-Industrie-Gruppen
FSB	Federal'naja služba bezopasnosti (Föderaler Sicherheitsdienst)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPRF	Kommunističeskaja partija Rossijskoj Federacii (Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation)
NGO	Nichtregierungsorganisation
NTV	Nezavisimoe Televidenie (Unabhängiges Fernsehen)
ORT	Obščestvennoe Rossijskoe Televidenie (Erstes russisches Fernsehprogramm)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RAW	Rossijskoe agentstvo po obyčnym vooruženijam (Russische Agentur für konventionelle Rüstung)
RFE	Radio Free Europe
RIA-Novosti	Rossijskoe informacionnoe agentstvo Novosti (Russische Nachrichtenagentur Novosti)
RL	Radio Liberty
RUIU	Russische Union der Industriellen und Unternehmer (russ.: Rossijskij sojuz promyšlennikov i predprinimatelej, RSPP)
SWR	Služba vnešnej razvedki (Russischer Auslandsnachrichtendienst)
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
WTO	World Trade Organization